

LEBENSHALTUNGEN UND LEBENSHALTUNGS-  
KOSTEN IM 18. UND 19. JAHRHUNDERT IN DEN  
HANSESTÄDTEN BREMEN UND HAMBURG

I

EINLEITUNG

Um den Lebensstandard der Bevölkerung in Deutschland vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zu erforschen, kann man versuchen, ihn nach den Haushaltseinkommen zu quantifizieren, und prüfen, wie er sich im Lauf der Zeit verbessert oder verschlechtert. Das ist oft erfolglos, weil die Quellen versagen. Dann kann man versuchen, die verschiedenen sozialen Stufen der Lebenshaltung zu qualifizieren, und darstellen, wie ihr Zuschnitt und ihr Verhältnis untereinander sich im Lauf der Zeit auf den einzelnen Stufen verschiedenartig verändert.<sup>1</sup>

Das ist nicht nur möglich, sondern auch nötig, weil sich viele Quellenangaben sonst gar nicht sinnvoll kombinieren lassen. Man findet, daß dasselbe Einkommen für den Angehörigen des einen Standes befriedigend, für den Angehörigen des andern elend ist.

<sup>1</sup> Unter den jüngsten Veröffentlichungen zur Entwicklung der Lebenshaltung ragen drei französische Arbeiten hervor, die theoretisch angelegt und stärker politisch als historisch orientiert sind. Sie verfolgen über große Zeiträume real- und idealtypische Standards. statistisch genau. Paul Combe, *Niveau de vie et progrès technique en France (1860-1939). Contribution à l'étude de l'économie française contemporaine*. Postface (1939-1949), Paris 1956; Jeanne Singer-Kérel, *Le coût de la vie à Paris de 1840 à 1954* [Recherches sur l'économie française, 3], Paris 1961; Marguerite Perrot, *Le mode de vie des familles bourgeoises 1873-1953* [Recherches sur l'économie française, 4], Paris 1961. Stärker ins Kulturgeschichtliche reicht Ernst Ackermann, *Sechs Jahrzehnte. Wandlungen der Lebenshaltung und der Lebenskosten seit der Jahrhundertwende*, Wetzikon 1963, der die Schweizer Verhältnisse schildert. Wie stark sich der Begriff der Lebenshaltung verengt hat, zeigt ein Blick in die kulturgeschichtliche Schilderung von Wilhelm Treue, *Der Wandel der Lebenshaltung. Ein Spiegel der Zeiten und Völker*, Berlin 1939. Wertvoll bleibt Gottlieb Schnapper-Arndt, *Studien zur Geschichte der Lebenshaltung in Frankfurt a.M. während des 17. und 18. Jahrhunderts*. Hrsg. von Karl Bräuer [Veröffentlichungen der historischen Kommission der Stadt Frankfurt am Main, 2], Frankfurt a.M. 1915, T. I und 2.

Was am einen Ort ausreicht, reicht am nächsten nur zur Hälfte.<sup>1</sup> Ein Arbeiter, der Haus und Acker besitzt, kann wohlhabend heißen, während der nächste mit besserem Verdienst nicht auskommt. Der Lohn, der 1850 nötig ist, um die Familie eines Facharbeiters zu unterhalten, reicht aus für *mehrere* arme Familien, die auch nicht erwerbslos sind, gibt aber noch keinem Bürger eine bescheidene selbständige Existenz. Einzelheiten sind vergleichbar, doch nicht übertragbar. Um seinem Erwerb in standesüblicher Weise nachzugehen und um seinen Pflichten standesgemäß nachzukommen, muß sich mancher Bürger mehr Aufwand zumuten, als sein Einkommen erlaubt: z.B. kommt um 1830 ein junger Rechtsanwalt ohne Vermögen in der Verwandtschaft kaum vor, und ein Kaufmann, der Verluste gehabt hat, kann sich um 1800 nicht einschränken, um seinen Kredit aufrechtzuerhalten.

Es gibt also keinen einheitlichen Nenner, etwa den des Existenzminimums oder eines Haushaltskontos, das Durchschnittswerte einführt. Kein Maßstab gilt überall gleich. Die Unterschiede zwischen lebensnotwendigem und standesnotwendigem Auskommen und wiederum zwischen standesgemäßem und unbeschränktem Aufwand geben den Ausschlag. Der Zuschnitt jedes einzelnen Haushalts steht im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Verfassung seiner Zeit. Der Historiker versucht, im Hinblick auf die verschiedenen Stände, seien es Geburts- oder Berufsstände, verschiedene Lebenshaltungen zu ermitteln, zu beschreiben und aneinander zu messen, um die Lebensordnung besser zu verstehen. Er beobachtet verschiedene untere und obere Grenzen des Aufwands und das jeweils übliche Maß. Jeder durchschnittliche Zuschnitt ergibt sich nur innerhalb einer sozialen Ganzheit, nicht als Durchschnitt zwischen ihnen, z.B. zwischen Arbeiterschaft und Unterschicht. Die Lebenskosten weichen aus subjektiven Wertungen und Erfordernissen und nach objektiven Unterscheidungsmerkmalen von einander ab. Subjektive Kriterien der Tradition, der Sitte, des Brauchs machen sich neben objektiven geltend.<sup>2</sup> Das würde vielleicht nicht allzu viel ausmachen, wenn wir

<sup>1</sup> Johann Sebastian Bach, Thomaskantor in Leipzig, schrieb 1730 an einen Bekannten: „In Thüringen kann ich mit 400 Thalern weiter kommen als hiesiges Ortes mit noch einmal sovielen hundertern, wegen der excessiven kostbaren Lebensart.“ Albert Schweitzer, J. S. Bach, Wiesbaden 1952, S. 119. Vgl. für Schweden die sorgfältigen statistischen Nachweise bei [Gunnar Myrdal, Sven Bouvin,] *The cost of living in Sweden 1830-1930* [Wages, cost of living and national income in Sweden 1860-1930, by the staff of the Institute for Social Sciences, University of Stockholm, Vol. 1] [Stockholm economic studies, 2], London 1933, S. 74ff.; für Deutschland Gerhard Bry, *Wages in Germany 1871-1945* [National Bureau of Economic Research, 68, General Series], Princeton 1960.

<sup>2</sup> Vgl. Carl Brinkmann, *Lebensstandard*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, VI (1959), S. 544.

es im 19. Jahrhundert mit einem differenzierten Mittelstand zu tun hätten. Aber je deutlicher sich die Gesellschaft in Stände schichtet, desto stärker trennen subjektive Kriterien die eine Lebenshaltung von der andern.

Die folgende Studie versucht, durch Kombination verschiedenartiger Nachrichten verschiedener Herkunft in Norddeutschland, vor allem in Bremen, vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. die verschiedenen Grundeinheiten von Haushaltungen zu identifizieren und sie wirtschafts- und sozialgeschichtlich einzuordnen.

## II

### DER ARMENHAUSHALT

Die unterste Einheit eines städtischen Haushalts war im 19. Jahrhundert in Bremen der unterstützungsbedürftige Armenhaushalt. Er war außerstande, sich den eigenen Lebensunterhalt zu beschaffen, und auf öffentliche und womöglich private Unterstützung angewiesen. Durch den Bedarf an Unterstützung wurde die Lebenshaltung auf die niedrigste Stufe herabgedrückt. Sie lieferte die Mittel, die zur Fortsetzung der Existenz nötig waren. Dabei wurde aber nicht vorausgesetzt, daß die Armen ihre Arbeitskraft erhalten und voll ausüben sollten, und es wurde nicht bezweckt, daß sie sie wiederherstellen konnten. Dazu war die Unterstützung zu gering. Die Lebenshaltung eines Armenhaushalts unterschied sich daher erheblich von der eines Arbeiterhaushalts. Zwischen dem Existenzminimum der Armen und dem Existenzminimum der Arbeiter war oft ein Unterschied von 100 Prozent und mehr.

Aus der Zeit um 1820 ist Genaueres über zwei arme bremische Familien bekannt. Eine Frau mit vier Kindern im Alter bis zu zehn Jahren war von ihrem Mann, einem Musikanten, verlassen worden. Sie lebte in der Altstadt in einem Arme-Leute-Viertel und verdiente sich im Jahr durch Nähen und Spinnen 15 Taler. Das war ungefähr ein Zehntel dessen, was ein Handarbeiter jährlich nachhause brachte, und ein Fünfzigstel der Summe, die für die Führung eines bescheidenen bürgerlichen Hauses nötig war. Die Frau konnte daher mit ihrem Verdienst nur gerade ihre eigene Ernährung bestreiten. Da sie im Jahr außerdem an Kostgeld für die Kinder 34 bis 35 Taler, für Feuerung und Licht 7 Taler und für Miete 8 Taler brauchte, war sie darauf angewiesen, aus öffentlichen Mitteln einen Zuschuß von beinahe 50 Talern zu bekommen, um ein Existenzminimum zu erreichen.

Es betrug 65 Taler und damit knapp ein Zehntel dessen, was der einfachste bürgerliche Haushalt erforderte.<sup>1</sup>

Ebenso elend war eine andere Familie daran. Ein Strumpfwirker im Alter von 70 Jahren, der früher Soldat gewesen war, lebte mit seiner kranken Frau und einem achtzehnjährigen blödsinnigen Sohn zusammen. Außerdem gehörte seine arbeitslose Schwester zur Wohngemeinschaft, aber nicht zum Haushalt. Der Mann hatte eine Militärpension von 12 Talern und arbeitete in seinem Beruf, die Frau spann, soweit es ihre Kräfte erlaubten, der Sohn war nicht erwerbsfähig. Der Mann verdiente durch seine Arbeit jährlich 12 Taler, die Frau 6 – zusammen soviel wie ein Zigarrenmacher in anderthalb Monaten erwarb. Spenden und Unterstützung betragen 9 Taler jährlich. Um ein Existenzminimum von 63 bis 64 Talern zu schaffen, schoß die Armenfürsorge jährlich 24½ Taler zu. Die Summe reichte für 10 Taler Miete, für 8 Taler Feuerung und Licht und für gut 45 Taler zur Ernährung der Familie. Davon entfielen auf den Strumpfwirker 17 Taler, auf die Frau 15 Taler und auf den Sohn 13 Taler.<sup>2</sup>

Einen hamburgischen Kaufmann kostete aber schon am Ende des 18. Jahrhunderts ein Dienstmädchen außer den üblichen Geschenken jährlich die Summe von 96 bis 120 Taler, einen bremischen Volksschullehrer um 1840 eine Dienstmagd alles in allem 100 Taler.<sup>3</sup> Es zeigt sich, daß für drei erwachsene städtische Arme in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur ungefähr zwei Drittel der Summe zur Verfügung standen, die ein mittelständischer Haushalt für das Dienstpersonal zur Verfügung hatte.

Man fragt sich, wieweit derartiges Elend verbreitet war. Traf es einzelne, oder litt eine ganze Schicht darunter? Die literarischen Zeugnisse, die sich mit der Angelegenheit beschäftigen, sind zahlreich, ergeben aber ein widersprüchliches Bild. Sie fußen nämlich auf einzelnen Beobachtungen und urteilen zwar eindeutig über Teilerscheinungen, aber nicht schlüssig über die gesamte Lage. Man muß darum günstige und alarmierende Nachrichten einander gegenüberstellen.

<sup>1</sup> Abhörungsbogen für Erwachsene (Bremen um 1820), Nr. 2 Staatsbibliothek Bremen: Brem. c. 4500, Nr. 5. Bei finanziellen Angaben sind im folgenden ein Taler und 2 Mark Banco (in Hamburg) und 3 lübische Mark (in Lübeck) etwa gleichzusetzen. Ein Taler entsprach 72 Groten. Vgl. Erich Graber, *Kiel und die Gesellschaft freiwilliger Armenfreunde 1793-1953. Ihr soziales, kulturelles und wirtschaftliches Wirken*, Kiel 1953, S. 140ff.

<sup>2</sup> Ebenda, Nr. 1.

<sup>3</sup> Percy Ernst Schramm, *Neun Generationen. Dreihundert Jahre deutscher Kulturgeschichte im Lichte der Schicksale einer Hamburger Bürgerfamilie (1648-1948)*, Göttingen 1963, Bd 1, S. 239; [Justus Finger,] *Traugotts Briefe über das bremische Volksschulwesen, in seinem gegenwärtigen Zustande und seiner zeitgemäßen Verbesserung*, Bremen 1842, S. 32.

Am Ende des 18. Jahrhunderts gelang es der Armenpolizei, die Straßenbettelei, die früher „so ungemein stark“ war, zu beseitigen.<sup>1</sup> Ein Bremer Akademiker beteuerte sogar 1799, es gebe in der Stadt „keinen unbeschäftigten, durch Armut gedrückten Pöbel“.<sup>2</sup> Dieser Auffassung pflichtete in der Revolution von 1848 auch der demokratische Prediger Dulon bei. Als Führer der Bremer Sozialisten hatte er keinen Anlaß, rosig zu schildern, was unendlich war. Er kannte aber die sozialen Verhältnisse in Magdeburg und Bremen und hielt auch als Politiker der Linken daran fest, daß der Begriff der sozialen Not relativ war. „Was Armuth, was Noth und Elend sei,“ schrieb er 1849,<sup>3</sup> „weiß der Bremer nicht. Was er Armuth nennt, das ist in Preußen, Österreich usw. ein ganz erträglicher Zustand. Gehe zum Ärmsten, und Du findest ein sauberes Stübchen, ein reinliches Bett, leidlich gekleidete Kinder und eine erträgliche Mahlzeit.“ Im gleichen Jahr unterstützte das Armeninstitut im Monat durchschnittlich 317 „Bogenarme“ in einer Bevölkerung von insgesamt 53000 Menschen laufend. Außerdem griff es in monatlich 382 Fällen vorübergehend mit einer finanziellen Beihilfe ein, gab 90 „Landarmen“ eine Naturalunterstützung, zahlte für 640 Kinder das Schulgeld und verpflegte 75 Personen im Krankenhaus. 1867 war die Bevölkerung auf 75000 Menschen angewachsen. Das Armeninstitut sorgte jetzt noch für monatlich 312 „Bogenarme“ und 74 „Landarme“; dafür wuchs die Zahl derer, die nur zeitweise unterstützt wurden, auf 614 und die Zahl der Kranken auf 134 Personen an. Es kamen also 1849 auf 53000 Einwohner 1504 bzw. 864 Unterstützungsempfänger (2,83 und 1,63 Prozent), 1867 auf 75000 Einwohner 1134 (1,5 Prozent).<sup>4</sup> Gleichzeitig merkte die Innere Mission nach eingehender Prüfung an, „daß eigentlich bitterer Mangel unter zwölf Fällen zehn Mal auf besondere Verschuldung und offenbare Laster schließen läßt“,<sup>5</sup> und ein Reisender, der viele große Städte gesehen hatte, bestätigte, daß die Bremer Bevölkerung Nahrungssorgen oder gar drückende Not überhaupt nicht kenne.<sup>6</sup> Um 1900 wiederholte der Bremer Prediger Funcke,

<sup>1</sup> G. P. H. Norrmann, *Geographisches und historisches Handbuch der Länder-, Völker- und Staatenkunde*, Hamburg 1787, Bd. 1, Abt. 5, S. 3089; *Der Neue Teutsche Merkur* 1794, Bd. 2, S. 346.

<sup>2</sup> Johann Smidt, *Herrscht in den Hansestädten eine revolutionäre Gesinnung?* in: *Hanseatisches Magazin*, I (1799), S. 310.

<sup>3</sup> Rudolph Dulon, *Vom Kampf um Völkerfreiheit*, Bremen 1849, H. 1, S. 46.

<sup>4</sup> M. J. Funk, *Geschichte und Statistik des bremischen Armenwesens*, Bremen 1913, S. 28f.

<sup>5</sup> Bericht des Vereins für innere Mission in Bremen, 1868, S. 3.

<sup>6</sup> Heinrich Boernstein, *Fünfundsiebzig Jahre in der alten und neuen Welt*, Leipzig 1881, Bd. 2, S. 363. Über den Verfasser vgl. Alfred Vagts, *Heinrich Börnstein, ex- and repatriate*, in: *Bulletin of the Missouri historical society*, XII (1956), S. 118.

ohne es zu wissen, was bereits Dulon behauptet hatte, als er feststellte: „Wer weiß, was man in Berlin, Breslau und Köln arm nennt, der kann in Bremen zweifeln lernen, ob es hier überhaupt Arme gibt.“<sup>1</sup> Soziale Not war also in Deutschland von Ort zu Ort und Land zu Land etwas Verschiedenes; und es ist nur bedingt zulässig, Einzelheiten aus dem einen regionalen Zusammenhang auf einen andern zu übertragen.

Es überrascht aber auch nicht, daß in Bremen selbst Gegenstimmen laut wurden, die auf die sozialen Mißstände hinwiesen. Die Bettler, die am Ende des 18. Jahrhunderts verschwunden waren, tauchten in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts erneut in der Öffentlichkeit auf; und als die Polizei 1827 gegen einen bettelnden Schneidergesellen einschritt, sprang das Volk ihm bei, bis aus dem Auflauf ein Aufruhr wurde.<sup>2</sup> Noch in den sechziger Jahren stellte die Innere Mission viele Bettler in Bremen fest.<sup>3</sup> Ein Bremer Arzt berichtete aus den dreißiger Jahren, in denen ein neuer Aufschwung des bremischen Seehandels und seiner Hilfsgewerbe einsetzte, daß der Mittelstand zwar in reinlichen Häusern wohne, der Pöbel aber häufig in „Schweinställen“. Besonders in der Neustadt vermehrten sich die Gänge und Höfe – „diese Höhlen des Jammers, des Elends und der tiefsten Verworfenheit“ –, in denen die Armen wohnten.<sup>4</sup> Das fiel auch Wichern auf, der 1837 einen Besuch in Bremen machte. Nach einem ersten Rundgang durch die Bremer Armenviertel in der Neustadt erschien ihm dort alles reinlicher und besser als in Hamburg, wo er wohnte. Aber dann besuchte er andere Gegenden und wurde eines Schlimmeren belehrt. „Nachher habe ich hier nochmals die Höhlen der Armut aufgesucht und dieses Mal sehen müssen, was kein Bremer der höheren Gesellschaft bis jetzt gesehen hat. Erst jetzt habe ich mich in die rechten Armenquartiere führen lassen. Wenn Bremen nicht bald dazu thut, wird es nicht lange währen, bis sich der Schaden so schrecklich wie in Hamburg offenbart – Familien ohne Betten, ohne Möbel, ohne Mittagbrot, in Kot und Unrat, in Lumpen und Ekel wie begraben.“<sup>5</sup> Die schlechten und unbeliebten staatlichen Ar-

<sup>1</sup> [Georg Bessell,] 100 Jahre Innere Mission in Bremen, Bremen 1949, S. 19.

<sup>2</sup> Gemeinnützige Blätter zunächst für das Königreich Hannover, VII (1831), S. 316; Carsten Miesegaes, Chronik der freyen Hansestadt Bremen, Bremen 1833, Bd. 3, S. 427; Johannes Rösing, An Bremens gemeinen Mann, Leipzig 1843, S. 70. 1828 bedurften in Bremen 800 Personen der öffentlichen Unterstützung. [C. H. Schmidt, J. G. Horn,] Das Armen-Institut, wie es bisher war und wie es seyn könnte, Bremen 1828, S. 9.

<sup>3</sup> Bericht des Vereins, a. a. O., 1867, S. 6.

<sup>4</sup> Philipp Heineken, Die freie Hansestadt Bremen und ihr Gebiet in topographischer, medicinischer und naturhistorischer Hinsicht, Bremen 1836, Bd. 1, S. 12, 26.

<sup>5</sup> Johann Hinrich Wichern, Briefe und Tagebuchblätter [Gesammelte Schriften, 1], Hamburg 1901, Bd. 1, S. 219, 225.

menschulen, die kein Schulgeld verlangten, blieben ständig gut besucht. In den zwanziger Jahren soll es in Bremen 1450 Freischüler gegeben haben, 1834 noch 970, 1842 noch 800 und 1846 wiederum 1000.<sup>1</sup> Zur Zeit der Gründung des Deutschen Reiches herrschten in den Barackenvierteln hinter dem Osterdeich große soziale Mißstände. Der Schriftsteller Georg Droste erzählt aus seiner Jugend, er habe „dort Menschen im tiefsten Elend verkommen sehen. Hunger und Not herrschten in dieser traurigen Kolonie des Unter-Proletariats. Obgleich unsere häuslichen Verhältnisse die denkbar einfachsten waren, so hielten wir uns doch für die reinen Aristokraten gegenüber diesem Takelzeug.“<sup>2</sup> Es gab also zerstreute Gruppen einer Unterschicht, die weit unterhalb des sogenannten Arbeiterproletariats stand. Sie wurde durch die Industrialisierung nicht oder nur teilweise aufgesogen, um in der Fabrikarbeiterschaft zu verschwinden. Für diese Schicht, die sich aus unterstützungsbedürftigen Armen und asozialem Pöbel zusammensetzte, waren die angegebenen Lebenshaltungskosten ungefähr repräsentativ.

### III

#### DER HAUSHALT DES ARBEITERS

Eine neue Stufe des Existenzminimums gab es für die städtische „Handarbeiter-Familie geringster Klasse“. Sie stand in ihrem Auskommen bei aller Kargheit auf einem völlig anderen Niveau als ein Armenhaushalt. Dabei hatte sie ihrerseits nur etwa ein Fünftel dessen aufzuwenden, was der einfachste bürgerliche Haushalt ausgab.

An der unteren Grenze der Arbeiterschaft standen um 1850 Leute mit einem Einkommen von wöchentlich 2 bis 3 Talern.<sup>3</sup> Sie hatten im Jahr also mindestens 100 Taler. Zu dieser Schicht zählten Tausende. Nach dem Beitritt Hannovers und Oldenburgs zum Zollverein wanderten 1853 und 1854 binnen 18 Monaten allein 4000 bis 5000 Menschen aus dem bremischen Staatsgebiet in die Umgebung ab,

<sup>1</sup> Heineken, *Die freie Hansestadt*, a.a.O., Bd. 1, S. 92; Finger, *Traugotts Briefe*, a.a.O., S. 16; *Das Volksschulwesen*, insbesondere das bremische, Bremen 1846, S. 7; Hans-Ludwig Schaefer, *Bremens Bevölkerung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts* [Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, 25], Bremen 1957, S. 104.

<sup>2</sup> Georg Droste, *Achtern Diek: Ernstes und Heiteres vom alten Osterdeich aus der Jugendzeit eines Bremer Jungen*, Bremen 1908, S. 37. Vgl. Antje Kraus, *Die Unterschichten Hamburgs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts* [Sozialwissenschaftliche Studien, 9], Stuttgart 1965, S. 51ff.

<sup>3</sup> *Der Wecker*, II (1852), S. 162.

die durchschnittlich 3 Taler in der Woche verdienten.<sup>1</sup> Sie bezahlten von ihrem Einkommen für Miete jährlich 24 Taler und für Feuerung 15 Taler, also gut das Doppelte dessen, was die Armen geben konnten.<sup>2</sup> Die meisten Arbeiter waren noch etwas besser daran. Sie verdienten in der Woche 3 bis 4 Taler und waren dadurch mindestens vor dem Hunger sicher. Eine bremische sozialistische Wochenschrift bemerkte 1852 sogar: „Auf dem Lande, in kleinen Städten, in denen die Bedürfnisse des Lebens mit geringeren Mitteln zu beschaffen sind, kann eine solche Einnahme sogar einen gewissen Wohlstand begründen, und auch in großen Städten haben wir nicht selten Menschen kennengelernt, denen sie eine gewisse Behaglichkeit mit Weib und Kind gestattete.“ Wer 4 Taler wöchentlich hatte, war jedenfalls imstande zu sparen.<sup>3</sup>

Laut einer Statistik, die Freiherr von Reden 1847 veröffentlichte, brauchte in Bremen ein einfacher Arbeiterhaushalt, der aus Mann, Frau und drei Kindern bestand, jährlich ungefähr 155 Taler, um den Lebensunterhalt der Familie zu bestreiten. Für Miete benötigte er zwischen 16½ und 22 Talern, durchschnittlich aber 20 Taler, die gut ein Achtel des Einkommens ausmachten. Für Nahrungsmittel wurden im Jahr 105 Taler bezahlt, davon zwei Drittel für Brot und Kartoffeln. Brot kostete 55 Taler, Kartoffeln 14. Für Feuerung und Licht waren 7 bis 9 Taler, also kaum mehr erforderlich, als der Armenhaushalt dafür vorsehen mußte. Die Kleidung, für die im Armenhaushalt kein Geld bereitgestellt werden konnte und die hier sicher fast ausschließlich aus geschenkten alten Sachen bestand, kostete den Arbeiterhaushalt im Jahr 15 bis 20 Taler. Die Steuern machten gut einen Taler aus. Für Instandhaltung des Mobiliars und der Wohnung, für Wäschepflege, Schornsteinfeger, Kranken- und Sterbekasse blieben gut 3 Taler übrig. Gespart wurde wenig oder nichts.<sup>4</sup>

Wieweit Redens Statistik der Kritik standhält, muß im Großen Ganzen dahingestellt bleiben. Feuerung, Licht und Miete werden jedoch sehr billig angesetzt. Aus anderer Quelle ist bekannt, daß um die gleiche Zeit ein Keller in der Nähe des Hafens, in dem eine Gast-

<sup>1</sup> [J. C. Koop,] *Bremens Interesse, die freie Beweglichkeit des Verkehrs und der Zollverein*, Bremen 1854, S. 84.

<sup>2</sup> *Der Wecker*, II (1852), S. 162.

<sup>3</sup> *Der Wecker*, II (1852), S. 162. Nach Friedrich Schmidt, *Untersuchungen über Bevölkerung, Arbeitslohn und Pauperism in ihrem gegenseitigen Zusammenhange*, Leipzig 1836, S. 306 verdienten die Tagelöhner in der Stadt Bremen um 25 Prozent mehr als in der ländlichen Umgebung.

<sup>4</sup> Friedrich Wilhelm von Reden, *Vergleichende Zusammenstellung der Preise der nothwendigsten Lebensbedürfnisse sowie der Verhältnisse der handarbeitenden Volksklassen in Hamburg, Bremen, Lübeck und Frankfurt a.M.*, in: *Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik*, I (1847), S. 1041-46.

wirtschaft und eine Arbeiterwohnung Platz hatten, jährlich 95 Taler Miete kostete.<sup>1</sup> Die Maurer klagten um 1850, für sie habe sich der Mietzins für eine Wohnung, der ehemals 15 Taler betrug, auf 30 bis 35 Taler erhöht.<sup>2</sup> Die Wasch- und Reinemachefrau Schäfer bezahlte 1853 für eine kleine Küche und zwei kleine Zimmer im Dachgeschoß jährlich 32 Taler Miete.

Mehr als das Existenzminimum garantierte eine Einnahme von 150 Talern darum damals kaum.<sup>3</sup> Schon 1793 behauptete ein gebildeter Mann, der in Bremen anscheinend für sich allein lebte und halbtätig bei einem Hutfabrikanten arbeitete, er müsse zu dem Verdienst von 1½ Talern wöchentlich (oder etwa 78 Talern jährlich), den er dort erhielt, noch einmal soviel hinzuverdienen, um sich „nach Nothdurft durchschleppen“ zu können.<sup>4</sup> Er war aber ein Außenseiter, der bessere Tage gesehen hatte. In Berlin soll ein Handarbeiter 1787 jährlich etwa 120 Taler verdient und davon 80 benötigt haben, 1853 mit einem Verdienst von 180 Talern jedoch nicht mehr ausgekommen sein.<sup>5</sup> Ungefähr stimmen die Bremer Angaben zu diesem Standard. Wer im Vormärz in Bremen heiraten wollte mußte 300 Taler als sein eigen nachweisen und für 50 Taler das Bürgerrecht erwerben.<sup>6</sup> Das war für die Masse der Arbeiter nicht nur unmöglich, sondern auch unnötig.

Die Polizeidiener, die in der untersten Stufe der Beamten standen, erhielten in Bremen 1848 außer freier Wohnung ein Jahresgehalt von mindestens 200 Talern.<sup>7</sup> 1851 bezeichnete man in der Öffentlichkeit

<sup>1</sup> Dietrich Schäfer, *Mein Leben*, Berlin, Leipzig 1926, S. 19f.

<sup>2</sup> Verhandlungen der Bürgerschaft 1848, S. 208f. Ein Maurergeselle verdiente aber an etwa 260 Arbeitstagen im Jahr nur ungefähr 130 Taler. Vgl. für Berlin Theodor Mundt, *Wirtschaftliche Reformen der untern Volksklassen*, in: *Deutsche Vierteljahrsschrift* 1855, Bd. 1, S. 26.

<sup>3</sup> Das setzt jedoch voraus, daß die Arbeiter Miete bezahlen mußten. Nicht selten besaßen sie aber ein eigenes Haus. Vgl. Bremen und seine Bauten, Bremen 1900, S. 408: „Verhältnismäßig viele Arbeiter bewohnen in Bremen ihr eigenes Haus.“ Über Hamburg Karl Scheffler bei Wolfram Fischer, *Quellen zur Geschichte des deutschen Handwerks* [Quellensammlungen zur Kulturgeschichte, 13], Göttingen 1957, S. 151: „Fast jeder Handwerker oder Gewerbetreibende besaß ein kleines schuldenfreies Grundstück und ein Haus darauf.“ Häufig wurde abvermietet. Aus Abhörungsbogen, a.a.O., Nr. 1 geht z.B. hervor, daß der Strumpfwirker im Hause eines Arbeitsmanns wohnte, der dadurch 10 Taler Nebenverdienst im Jahr hatte.

<sup>4</sup> [Jakob St[il]cke], *Wahre Geschichte meines Lebens enthaltend die moralische Entwicklung meines Geistes und meine Apologie*, Bremen 1793, S. 179.

<sup>5</sup> Friedrich Wilhelm von Reden, *Erwerbs- und Verkehrsstatistik des Königsstaats Preußen, Darmstadt 1853*, Bd. 1, S. 292. Vgl. Jürgen Kuczynski, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart*, 6. Aufl., Bd. 1, T. 1 [Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1, T. 1], Berlin 1954, S. 139.

<sup>6</sup> *Bremische Blätter*, IV (1836), S. 53.

<sup>7</sup> Verhandlungen der Bürgerschaft 1848, S. 209.

ein Einkommen von jährlich 200 Talern als zu gering für einen Mann, der eine Familie ernähren mußte.<sup>1</sup> Ein anscheinend alleinstehender Bremer, der Seemann gewesen war, aber Ansprüche stellte, meinte 1869, man müsse im Jahr 250 Taler haben, um komfortabel zu leben und anständig aufzutreten.<sup>2</sup> Im Durchschnitt mögen die Bremer Arbeiterhaushalte mit einem Jahreseinkommen von 150 bis 250 Talern gerechnet haben. Vereinzelt hatten sie wohl auch kaum mehr als 100 und kaum weniger als 300 Taler. Nach demokratischer Schätzung hatten 1848 von 17000 Familien in der Stadt 11000 ein Jahreseinkommen von weniger als 250 Talern.<sup>3</sup> Sie gehörten zur Unterschicht, die keine Einkommensteuer zahlte, und hatten zwar zu leben, konnten sich aber keinen kleinbürgerlichen Aufwand leisten. Nach einer anderen Zählung gehörten von 8840 bremischen Bürgern, die 1852 das passive Wahlrecht besaßen, 740 zu den drei oberen Klassen der Akademiker, Kaufleute und Handwerksmeister. Von den übrigen 8100 hatten 1300 ein Jahreseinkommen von mehr als 500 Talern zu versteuern. Ebensoviele versteuerten ein Jahreseinkommen von 250 bis 500 Talern; 5500 – also zwei Drittel – hatten im Jahr weniger als 250 Taler Einkommen.<sup>4</sup> Nach einer anderen Aufstellung wählten 1852 in der untersten vierten Klasse der „übrigen Bürger“ nur 600 Leute, die ein Jahreseinkommen von mehr als 500 Talern hatten, und 1000, die ihres zwischen 250 und 500 Talern ansetzten. Es blieben 6000, also fast vier Fünftel, die weniger als 250 Taler im Jahr hatten.<sup>5</sup>

Im bremischen Bürgertum war man um 1830 aber durchaus der Ansicht, daß die breite Masse „bei hinreichendem Verdienst ohne Not und in voller Ruhe dahinlebe“.<sup>6</sup> Man bezeichnete die arbeitende Klasse sogar als wohlhabend und verstand unter Wohlhabenheit die

<sup>1</sup> Verhandlungen der bremischen Bürgerschaft 1851, S. 190.

<sup>2</sup> Johann Lohmann, *Potpourri* enthaltend Interessantes, Lehrreiches und Humoristisches, Bremen 1869, S. 4.

<sup>3</sup> Hermann Entholt, *Die bremische Revolution von 1848* [Schriften der Wittheit zu Bremen, 9], Bremen 1951, S. 8. Vgl. [Otto Gildemeister,] *Die Freie Stadt Bremen*, in: *Die Gegenwart*, VIII (1852), S. 232, 239. Vgl. für Hamburg Kraus, *Unterschichten*, a.a.O., S. 73f.

<sup>4</sup> Staatsbibliothek Bremen, *Brem. a.* 1142, Bd. 2, S. 173/1852. Vgl. hierzu den Aufruf zur Beteiligung an dem Bremischen Spar-Verein, Bremen 1849 ebenda, *Brem. b.* 274, Nr. 2b), den der Arbeiter-Hilfs-Verein gründete. Er rief die Teilnehmer auf, wöchentlich 6 bis 24 Groschen einzuzahlen. Die Auszahlung sollte im Winter in Torf, in Kartoffeln, in Roggen und in bar erfolgen. Berechtigt zur Teilnahme waren aber nur Arbeiter, die weniger als 250 Taler im Jahr verdienten und nicht zur Einkommensteuer veranlagt wurden.

<sup>5</sup> Hermann Kastendiek, *Der Liberalismus in Bremen*, Kiel, Masch. Phil. Diss. 1952, S. 58.

<sup>6</sup> Heinrich Tidemann, *Bremische Verfassungskämpfe von 1830 bis 1837*, in: *Bremisches Jahrbuch*, XXXVII (1937), S. 173.

Möglichkeit, daß ein Arbeiter für sich und seine Familie bei Fleiß und Gesundheit den Lebensunterhalt verdiente und seine wirklichen und eingebildeten Bedürfnisse befriedigte. Als Beweis der Wohlhabenheit galt, daß selbst die ärmsten Arbeiter nicht auf Kaffee verzichteten.<sup>1</sup> Übrigens versorgten sich viele einfache Haushalte zum Teil selbst. Nicht nur die Kaufleute schlachteten bis ins 19. Jahrhundert hinein im eigenen Haus, sondern auch die Handwerker und Küper.<sup>2</sup> Im Kaufmannshaus wurden vielleicht zwei Ochsen, im Haus der Handwerker und Küper ein Ochse verarbeitet. Häufig wurde auch gebuttert. Das setzte voraus, daß Handwerker und Küper wenigstens eine Kuh oder eine Ziege hielten. Viele hatten wahrscheinlich Weideland, die meisten bewirtschafteten einen Acker und einen Garten. Selbst die bremischen Lastträger schlachteten in der Mitte des 19. Jahrhunderts noch jeden Winter ein (gekauft) Schwein.<sup>3</sup> Allerdings schritt allmählich die Arbeitsteilung so weit fort, daß auch die einfachen Haushalte immer mehr zu Stadthaushalten wurden. 1858 wird berichtet, daß die bremischen Handwerker in der Regel keine Landwirtschaft hätten.<sup>4</sup> Doch das ist relativ zu verstehen. Noch heute kommt die Selbstversorgung aus Parzelle und Viehhaltung in vielen einfacheren Haushalten vor. Sie fordert jedoch Arbeitszeit und -kraft und hat das im 19. Jahrhundert in einem noch größeren Umfang getan.

Zwei Speisepläne von Bremer Arbeiterhaushalten – ein reichlicher und ein genügsamer – sind aus der Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts bekannt. Küper und Handwerker lebten folgendermaßen:<sup>5</sup> Morgens tranken sie Kaffee (mit Zichorie) und aßen Schwarzbrot mit Butter. Zum zweiten Frühstück gab es Weiß- und Schwarzbrot mit Butter und ein Glas Kornbranntwein, für den Hausherrn auch Speck, Fleisch oder Wurst. Mittags aß man Fleisch, Gemüse und Kartoffeln. Nachmittags gab es Kaffee, abends Bier- oder Milchsuppe, Butterbrot und Käse. Tagelöhner lebten bescheidener, obwohl ihr Lohn ebenfalls „guten Unterhalt“ gewährte.<sup>6</sup> Sie verzehrten Kartoffeln, Buchweizen oder Grütze, Roggenbrot und zweimal in der Woche Fleisch oder Speck.

<sup>1</sup> Heineken, *Die freie Hansestadt*, a.a.O., Bd. 1, S. 51.

<sup>2</sup> Vgl. Friedrich Entholt, *Bilder aus der Geschichte des bremischen Volksschulwesens*, ergänzt und fortgef. von Hinrich Wulff, Bremen 1928, S. 99; Erich Egner, *Entwicklungsphasen der Hauswirtschaft* [Göttinger Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Studien, 1], Göttingen 1964, S. 55.

<sup>3</sup> Schäfer, *Mein Leben*, a.a.O., S. 20.

<sup>4</sup> [Wilhelm Emanuel Backhaus,] *Schutz der Arbeit! Schutz der Freiheit!*, Bremen 1858, S. 36.

<sup>5</sup> Heineken, *Die freie Hansestadt*, a.a.O., Bd. 1, S. 51.

<sup>6</sup> Schmidt, *Untersuchungen*, a.a.O., S. 307.

## IV

## DIE ENTWICKLUNG DES LEBENSSTANDARDS

Es ist schwierig, die Entwicklung der Lebenshaltung von einem Jahrzehnt zum andern zu verfolgen und ihre Tendenz zu beurteilen. Es gibt Hinweise, die darauf hindeuten, daß sie sich verbesserte, und andere, die darstellen, daß sie absank.<sup>1</sup> Einhellig läßt sich die Frage nicht beantworten, da man verschiedene Bewegungen beachten muß, die nicht auf einen einheitlichen Nenner zu bringen sind. Die einen Berufe profitierten von den Veränderungen der Nachfrage, der Produktionstechnik, des Standorts in einem Gewerbe, andere hatten darunter zu leiden. In einigen Berufen klagte man darüber, daß die Löhne stagnierten. Wenige Gewerbe erlebten – wohl vor allem infolge einer Spezialisierung – starke Lohnsteigerungen. Das Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen war nicht fest, und es gab Schwankungen im Bereich der Preise anscheinend häufiger als im Bereich der Löhne.<sup>2</sup> Ernteerträge und Handelskonjunktoren beeinflussten die Lebenshaltung der Arbeiter unmittelbar. So war das Jahr 1847 ein Hungerjahr, die Wirtschaftskrisen von 1857 und 1874 wirkten sich nachteilig auf die Lebenshaltung des Arbeiters aus. 1847 heißt es in einer bremischen Flugschrift vom großen Haufen der Bevölkerung: „Zum größten Theil mag es diesem schwerfallen, sich auf eine anständige Weise ehrlich durchzuhelfen und so viel zu verdienen, als die Kosten des Lebensunterhaltes betragen, ja es mag eine große Anzahl geben, die dieses nicht einmal zu thun vermag.“<sup>3</sup>

Statistisch belegt ist, daß der Fleischverbrauch in Bremen zwischen den zwanziger und fünfziger Jahren – wie es heißt, infolge der Steigerung der Fleischpreise – erheblich abnahm, während der Brotverbrauch wuchs. 1823 wurden in Bremen pro Kopf und Jahr 118 Pfund Fleisch verbraucht, 1855 89. Der Verbrauch von Weizenbrot wuchs pro Kopf und Jahr zwischen 1820-24 und 1851-55 von 85 auf 96 Pfund, von Roggenbrot von ungefähr 80 auf 136 Pfund.<sup>4</sup> Jedenfalls leistete man sich in den großen Städten mehr Fleisch als in ländlichen Gegenden. In Preußen wurden in der Mitte des 19. Jahrhunderts pro

<sup>1</sup> T. S. Ashton, *The standard of life of the workers in England 1790-1830*, in: *Capitalism and the historians*, ed. with an introduction by F. A. Hayek, London 1954, S. 127ff. nimmt eine Verbesserung in England an, schließt aber von vornherein die gegensätzliche Annahme nicht aus.

<sup>2</sup> Vgl. Victor Böhmert, *Zur Statistik der Löhne und Preise in Hamburg von 1840-1875*, in: *Der Arbeiterfreund*, XV (1877), S. 84ff.

<sup>3</sup> *Der Bürgerfreund*, Nr. 38 (1847), S. 299.

<sup>4</sup> Moritz Lindeman, *Statistische Überblicke über einige Verhältnisse der Stadt Bremen in den letzten Jahrzehnten*, Bremen 1861, S. 6f.

Kopf und Jahr 40 Pfund Fleisch verbraucht, in Sachsen fast 42 Pfund, aber in Berlin 114 und in Leipzig 133 Pfund.<sup>1</sup> Insgesamt war der Wohlstand – manchmal wohl auf Kosten der Besitzerhaltung, aber im Durchschnitt zugunsten der besseren Lebenshaltung – langfristig nicht gefährdet, sondern während er sich veränderte, vergrößerte er sich.

Es ist natürlich schwerer, ein Wachstum zu ermitteln, das sich unter Wandlungen vollzieht und unter starken konjunkturellen Schwankungen fortschreitet, als aus Systemen der politischen Ideologie Schlagworte aufzugreifen, um sie auf einzelne Erscheinungen und Veränderungen verallgemeinernd anzuwenden. Immerhin liegen aus Preußen für die Jahre 1806, 1831, 1842 und 1849 – also für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts – zusammengehörige statistische Nachweise vor, die wohl belegen, daß sich die Lebenshaltung der Bevölkerung insgesamt verbesserte. Pro Kopf der Bevölkerung nahm nur der Bierverbrauch um ein Fünftel ab. Dafür stieg der Verbrauch von Wein und Branntwein um das Zwei- und Dreifache. Der Getreideverbrauch veränderte sich nicht, der Fleischverbrauch stieg pro Kopf und Jahr von 33 auf 40 Pfund. Am stärksten vermehrte sich der gehobene Bedarf an Handels- und Industriewaren, die die Lebenshaltung mannigfacher und reicher gestalteten. 1849 verbrauchte man in Preußen pro Kopf zweieinhalb Mal soviel Reis wie 1806, fast fünf Mal soviel Zucker, sechsmal soviel Kaffee. Für Tabak gab man pro Kopf 1806  $1\frac{1}{2}$  und 1849  $2\frac{1}{2}$  Silbergroschen aus, für Gewürze 1806 3 und 1849 4 Silbergroschen, für Leder 1806 12 und 1849 27 Silbergroschen. An Tuch verbrauchte eine Person 1806  $\frac{5}{8}$  Ellen, an Leinwand 4, an Baumwollwaren  $\frac{3}{4}$ , an Seidenwaren  $\frac{1}{4}$ . 1849 waren es an Tuch 1 Elle, an Leinwand 5, an Baumwollwaren 16 und an Seidenwaren  $\frac{2}{3}$  Ellen. Sicher kam das Wachstum zunächst vor allem den oberen Schichten zugute, aber auf die Dauer blieb keine Schicht der Bevölkerung davon ausgeschlossen und die Schicht der Handwerker und Arbeiter desto weniger, je mehr die Zeit voranschritt.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Wilhelm Roscher, *Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkte*, Leipzig, Heidelberg 1861, S. 442. Vgl. Rudolf Berthold, *Wachstumsprobleme der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Spätfudalismus (zirka 1500 bis 1800)*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1964, T. 2-3, S. 6f.

<sup>2</sup> Roscher, *Ansichten*, a.a.O., S. 445. Vgl. C. F. W. Dieterici, *Der Volkswohlstand im preußischen Staate*, Berlin, Posen, Bromberg 1846, S. 178.

## V

## DER KLEINBÜRGERLICHE HAUSHALT

Eine dritte Haushaltsklasse mit kleinbürgerlicher Lebenshaltung hatte im Jahr etwa 400 bis etwa 600 oder 700 Taler. Mit einer Summe bis zu 400 Talern kam eine einfache Familie des Mittelstandes knapp aus, mit 600 Talern konnte sie bequem leben. Leider kennen wir nur die Rechnung für den Haushalt eines Handwerksmeisters aus dem Jahr 1870. Danach brauchte eine fünfköpfige Familie gut 431 Taler – beinahe dreimal soviel wie 1847 die Familie eines einfachen Handarbeiters. Der Handwerksmeister gab doppelt soviel für Miete, nämlich 45 Taler, aus. Er hatte mehr als doppelt soviel für Lebensmittel, nämlich gut 236 Taler, und fast 115 Taler für sonstigen Bedarf. Prinzipiell unterschied er sich dadurch vom Arbeiter, daß ihm ein Taschengeld von jährlich 34 bis 35 Talern übrig blieb. Insgesamt konnte er, das Taschengeld nicht gerechnet, doppelt soviel ausgeben, wie ein Handwerksgeselle 1870 zu verdienen pflegte.<sup>1</sup> Viele Handwerksmeister, vor allem Bäcker, Maurer und Zimmerer verdienten damals aber über 500 Taler.

## VI

## DER BÜRGERLICHE HAUSHALT

Die vierte und letzte Kategorie des bürgerlichen Haushalts läßt sich eindeutig vom unterbürgerlichen und kleinbürgerlichen abgrenzen. In sich ist die Kategorie jedoch sehr weit aufgefächert, ohne sich unmißverständlich aufgliedern zu lassen. Sie reicht vom schmalen Auskommen des bürgerlichen Mittelstandes bis hin zur beinahe fürstlichen Lebenshaltung einiger reicher Kaufleute. Während im mittelständischen bürgerlichen Haushalt Sparsamkeit herrschte oder wenigstens der repräsentative Aufwand im einen Bereich die Sparsamkeit in anderen Bereichen nicht gefährdete, wurde mancher hanseatische Kaufmann aus Freude am herrschaftlichen Aufwand aus einem Haushälter zum Verschwender; und die nächste Generation mußte dafür büßen.

Beschränken wir unsern Blick zuerst auf den mittelständischen bürgerlichen Haushalt, so spricht viel dafür, daß in ihm vom Ende des 18.

<sup>1</sup> Ursula Branding, Die Einführung der Gewerbefreiheit in Bremen und ihre Folgen [Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, 19], Bremen 1951, S. 88.

Jahrhunderts bis zum Ende des 19. Jahrhunderts der Komfort sich mannigfacher gestaltete, die bürgerliche Kultur sich vielfältiger ausprägte und die Aufwendungen stärker anstiegen als gleichzeitig in den unterbürgerlichen und kleinbürgerlichen Haushalten. In manchem standen sich die Haushaltungen des Bürgers, des Kleinbürgers und gelegentlich sogar der Unterschicht in ihrem Zuschnitt um 1750 noch näher, als sie es um 1870 taten. Um 1750 war ihnen Frugalität, Ökonomie und eine schlichte Beschränktheit gemein;<sup>1</sup> 1870 aber hatte sich ein Abstand zwischen dem bürgerlichen Familienhaushalt und den einfacheren Haushalten ausgebildet, der ökonomisch, sozial und kulturell begründet war. In Bremen sollen die Kosten für einen einfachen bürgerlichen Lebensunterhalt von 1750 bis 1825 um über 50 Prozent,<sup>2</sup> von 1798 bis 1873 wiederum um das Dreifache angestiegen sein.<sup>3</sup> Damit hielt der Anstieg der Aufwendungen im Mittelstand und in der Unterschicht nicht Schritt.<sup>4</sup>

Für den sparsamsten bürgerlichen Aufwand benötigte der fünf- undzwanzigjährige jungverheiratete Bremer Predigersohn Johann Smidt, der als Professor für Philosophie am Gymnasium illustre nur ein Jahresgehalt von 100 Talern erhielt, 1798 etwa 600 Taler.<sup>5</sup> Davon ernährte er Frau und Kind, konnte sich aber kein Dienstmädchen mehr leisten. Ebensoviel verbrauchte der Kaufmann Caspar Kulenkampff, der 1801 im Alter von einunddreißig Jahren ein allgemeines Warengeschäft in Bremen gründete, in den Jahren von 1801 bis 1805 jährlich für sich und seine Familie. Da er währenddessen mehr als sechsmal soviel verdiente, vermehrte er während der gleichen Zeit sein Kapital von 600 Talern auf 13700 Taler um das Dreiundzwanzigfache.<sup>6</sup> Ein größerer bürgerlicher Haushalt, in dem acht bis zehn

<sup>1</sup> Johann Smidt, Ein Wort über das Gesindewesen in Bremen, in: *Hanseatisches Magazin*, III (1800), S. 223ff.

<sup>2</sup> Eingabe der bremischen Schiffsmakler an den Senat 1826, Staatsarchiv Bremen, R. 11. g. 2, Nr. 21. Laut Hermann Entholt, Die bremische Hauptschule von 1817 bis 1858, in: *Bremisches Jahrbuch*, XXIII (1911), S. 51 wurde der bürgerliche Lebensaufwand von 1830 bis 1854 um das Doppelte verteuert.

<sup>3</sup> Otto Gildemeister, Johann Smidt, in: Johann Smidt. Ein Gedenkbuch zur Säcularfeier seines Geburtstags, Bremen 1873, S. 6.

<sup>4</sup> Fr. J. Neumann, Zur Lehre von den Lohngesetzen, III: Die Steigerung des Gegensatzes von Arm und Reich in Preußen bis 1848, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, LIX (1892), S. 377 nimmt an, daß sich der Lebensaufwand eines großstädtischen Arbeiters zwischen 1830 und 1860 von 114 Talern auf 132 Taler, also um fast 16 Prozent steigerte.

<sup>5</sup> Gildemeister, Smidt, a.a.O., S. 6. Vgl. Wilhelm von Bippen, Johann Smidt, ein hanseatischer Staatsmann, Stuttgart, Berlin 1921, S. 48. Parallelen bei Hans Jürgen Haferkorn, Der freie Schriftsteller, in: *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel*, XIX (1963), S. 209.

<sup>6</sup> Julius Kulenkampff, Aus dem Leben unseres Vaters Johann Gustav Kulenkampff, Bremen 1911, S. 35. Vgl. Diedrich A. Noltenius, Leben und Wirken Dr. Wilhelm Kulen-

Personen zu ernähren waren, kostete in den Hansestädten um die gleiche Zeit allein für Essen und Trinken zwischen 520 und 650 Talern im Jahr.<sup>1</sup> Um 1810 veranschlagte man die Kosten des Lebensunterhalts einer gebildeten Familie in Bremen sogar auf 1000 Taler.<sup>2</sup> Wohlhabende Bürger lebten stattlicher. In Frankfurt verbrauchte der kaiserliche Rat Johann Kaspar Goethe in seinem Rentnerhaushalt im Jahrzehnt von 1763 bis 1773 jährlich zwischen 2390 und 3290 Gulden. Davon waren 730 bis 780 Gulden, etwa ein Drittel der gesamten Summe, reines Haushaltsgeld.<sup>3</sup>

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts werden für eine sparsame bürgerliche Lebensführung mindestens 700 bis 800 Taler, seit den fünfziger Jahren etwa 800 bis 1000 Taler erforderlich gewesen sein. Das war das Vier- und Fünffache dessen, was einem Arbeiterhaushalt, und ungefähr das Doppelte dessen, was einem kleinbürgerlichen Haushalt zur Verfügung stand. Viele Haushaltungen waren aber großzügiger angelegt. Die Einrichtung eines Sommerhaushaltes auf einem Landsitz, Reisen, Sammlungen und dergleichen erheischten einen besonderen Aufwand.

Der Bremer Rechtsanwalt Christian Focke, der Vermögen besaß und eine größere Familie hatte, setzte für seinen Haushalt 1812, 1817 und 1822 je 3000 und 1826 fast 4000 Taler ein.<sup>4</sup> In dem Hause eines akademischen bremischen Senators genügten zu Beginn der fünfziger Jahre etwa 4000 Taler für ein „anständiges Leben nach einfachem Maßstab“.<sup>5</sup> Immerhin betrug die Summe das Fünffache des Existenzminimums einer bürgerlichen Familie, das Zehnfache der Kosten, die ein kleinbürgerlicher Haushalt, das Zwanzigfache der Kosten, die ein Arbeiterhaushalt verursachte. Es verrät auch recht erhebliche Ansprüche, wenn der Bremer Bürgermeister Otto Gildemeister 1873 behauptete, mit jährlich 1800 Talern könne ein anspruchloser bürgerlicher Haushalt heutzutage kaum noch wirtschaften.<sup>6</sup>

Derart großzügige Maßstäbe darf man aber nicht überall anlegen. Ein akademischer preußischer Verwaltungsbeamter im Alter von 34 Jahren, der als Rat eingestuft war, bekam 1860 in einer rheinischen

kampffs und seiner Schwester Emmy Kulenkampff nebst Erinnerungen an ihre Vorfahren, Bremen 1913, S. 32f.; Zur Erinnerung an den Kulenkampffschen Familientag, Bremen 1938, S. 8.

<sup>1</sup> Heinrich Sieveking, Georg Heinrich Sieveking, Lebensbild eines Hamburgischen Kaufmanns aus dem Zeitalter der französischen Revolution, Berlin 1913, S. 275f.

<sup>2</sup> Hermann Entholt, Das bremische Gymnasium von 1765 bis 1817, in: Bremisches Jahrbuch, XXII, (1909), S. 78.

<sup>3</sup> Egner, Entwicklungsphasen, a.a.O., S. 52.

<sup>4</sup> Staatsbibliothek Bremen, Olbersschrack, Nachlaß Christian Focke (CF V, 25).

<sup>5</sup> Schaefer, Bremens Bevölkerung, a.a.O., S. 60.

<sup>6</sup> Gildemeister, Smidt, a.a.O., S. 6.

Provinzialhauptstadt ein Jahresgehalt von 1000 Talern und 1861 von 1200 Talern. Außerdem hatte er Nebeneinnahmen, die aber gering waren. Für sich, seine Frau und zwei Kinder brauchte der Beamte von 1859 bis 1861 im Jahr durchschnittlich 647 Taler für Nahrung, Wohnung und Bekleidung. Lebensmittel kosteten ihn im Jahresdurchschnitt 383 Taler oder fast 31 Prozent seines Gehalts, Miete 162 Taler oder 13 Prozent, Kleider 102 Taler oder 8 Prozent. Außerdem hatte der Beamte soviel Ausgaben und Repräsentationskosten, daß er 1861 von seinem Gehalt 1022 Taler oder fast 82 Prozent verbrauchte.<sup>1</sup>

In Bremen hatten die "Angehörigen des höher gebildeten Mittelstandes" – höhere Verwaltungsbeamte, vollbeamtete akademische Lehrer und Kaufleute – zu Beginn der sechziger Jahre durchschnittlich 6000 bis 6400 Mark (2000 Taler und mehr) Jahreseinnahmen. Das war durchschnittlich das Doppelte dessen, was der preußische Beamte zu Anfang seiner Laufbahn erhielt. Die Ausgaben entsprachen einander prozentual ziemlich genau. Die Bremer Familien verbrauchten für die Hauswirtschaft 28 bis 34 Prozent, für Wohnung 12 bis 14 Prozent, für Kleidung 5 bis 8 Prozent, für Heizung und Licht 3 bis 5 Prozent – zusammen mindestens 48 und höchstens 61, durchschnittlich etwa 55 Prozent.<sup>2</sup> Der notwendige Lebensaufwand im bürgerlichen Stil erforderte also die gute Hälfte des bürgerlichen Jahreseinkommens, wo der notwendige Lebensaufwand im proletarischen Stil fast den ganzen Teil, zum wenigsten etwa 95 Prozent des Jahreseinkommens eines Handarbeiters verschlang.

Sehr genau unterrichtet sind wir in den Jahren von 1862 bis 1865 über die Lebensumstände des Juristen Dr. Arwed Emminghaus (1831-1916), der in diesen Jahren das „Bremer Handelsblatt“, das Organ der Handelskammer, redigierte und später Professor in Karlsruhe und Versicherungsdirektor in Gotha wurde.<sup>3</sup> Emminghaus war verheiratet und hatte zwei kleine Kinder, seine Frau beschäftigte ein bis zwei Dienstmädchen. Er hatte eine feste Jahreseinnahme von 3960 Mark im Jahr 1862 und 4830 Mark im Jahr 1865. Da er außerdem Honorare für schriftstellerische Arbeit und Zinsen aus Kapital hatte, betrugen seine Gesamteinnahmen anfangs 5366 Mark und später 7763 Mark jährlich. Er berechnete seine Einnahmen aus vier Jahren

<sup>1</sup> Gertrud Hermes, Ein preußischer Beamtenhaushalt 1859-1890, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, LXXVI (1921), S. 51, 61.

<sup>2</sup> Arwed Emminghaus, Zum Kapitel der Haushaltskosten, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Folge 3, Bd. 28 (1904), S. 661.

<sup>3</sup> Neue Deutsche Biographie, IV (1959), S. 485. Vgl. Rolf Engelsing, Die Zeitschrift in Nordwestdeutschland 1850-1914, in: Archiv für Geschichte des Buchwesens, IV (1965), Sp. 950.

auf durchschnittlich 6081 jährlich, seine Ausgaben auf durchschnittlich 4933. Ähnlich wie der preußische Beamte verbrauchte er gut 81 Prozent seines Einkommens im Jahresdurchschnitt. Was er in einem Jahr benötigte, konnte er also in fast vier Jahren ersparen – vorausgesetzt daß sich der Aufwand seiner Lebenshaltung nicht vergrößerte, was nicht der Fall war.

Die Haushaltsrechnung eines der vier Jahre, in dem Emminghaus 4742 Mark oder 78 Prozent seiner Einnahmen ausgab, ist erhalten. Am meisten Kosten verursachten die Hauswirtschaft mit 1397 Mark (28,3 Prozent), die – verhältnismäßig billige – Dienstwohnung nebst Garten mit 605 Mark (12,3 Prozent), Reisen und Sommerfrische mit 558 Mark (11,3 Prozent). Da die Kinder klein waren, verbrauchte Emminghaus für Pflege, Erziehung und Unterricht nur 49 Mark (1 Prozent), für Arzt, Apotheke usw. 134 Mark (3 Prozent), für Dienstpersonal 217 Mark (4,4 Prozent), für Heizung und Licht 237 Mark (4,8 Prozent), für Inventar 254 Mark (5,2 Prozent), für Bekleidung 375 Mark (7,6 Prozent), für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Schreibmaterial, Post und Telegraph 142 Mark (2,9 Prozent), für Vergnügungen und Veranstaltungen außer Haus 145 Mark (3 Prozent), für Geschenke 138 Mark (3 Prozent), für Versicherung 289 Mark (5,8 Prozent), für Vereine und Unterstützungen 136 Mark (2,8 Prozent) und schließlich für Steuern nicht mehr als 66 Mark (1,3 Prozent).<sup>1</sup> Das waren insgesamt fünfzehn Positionen – doppelt so viele, wie in der Haushaltsrechnung eines Handarbeiters vorgesehen wurden.

## VII

### DER HAUSHALT DER GROSSEN UNTERNEHMER

In Kaufmannshäusern wuchsen die Aufwendungen beinahe ins Ungemessene, wenn die Kaufleute vom bürgerlichen Lebensstil zum seigneurialen wechselten. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts gehörten für einen reichen hanseatischen Kaufmann der Besitz eines großen Stadthauses, Equipage, vier bis sechs Pferde, zahlreiche Dienerschaft, ein Landgut mit einer stattlichen Villa, Gastmähler, ein Anhang von

<sup>1</sup> Emminghaus, Zum Kapitel, a.a.O., S. 650-660. Emminghaus stellt sich dort, als beschreibe er die Haushaltung eines Dritten, es ist aber mit Sicherheit erkennbar, daß er seine eigene beschreibt. Vgl. Perrot, *Le mode*, a.a.O., S. 102, wo das durchschnittliche bürgerliche Budget in der Zeit von 1873 bis 1913 folgendermaßen aufgeteilt wird: Verschiedene Ausgaben 26, 6 Prozent, Ernährung 23, 8 Prozent, Miete 14 Prozent, Kleidung der Eltern 10, 5 Prozent, Kinder 8, 3 Prozent, Lohn des Personals 6, 5 Prozent, Wohnung 5,7 Prozent, Steuern 2,7 Prozent, Gesundheit 1,9 Prozent.

unterstützungbedürftigen Verwandten und ein oder zwei verschwenderische Söhne zum üblichen Kreis der repräsentativen Annehmlichkeiten und Lasten. Noch durchaus im vernünftigen Rahmen hielt sich die Lebenshaltung des Hamburger Kaufmanns Goßler, der seine Ausgaben von 1769-74 bis 1785-89 von 615 Mark Banco monatlich auf 1825 Mark Banco steigerte.<sup>1</sup> (Zwei Mark Banco entsprechen fast einem Taler). Davon waren etwa ein Drittel reine Hausstandskosten. Jedes vernünftige Maß sprengte die Haushaltsführung des Hamburger Kaufmanns Parish, der in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts durch glückliche Spekulationen ein Vermögen von etwa 2 Millionen Mark Banco besaß.<sup>2</sup> Hatte sich Parish in den achtziger Jahren noch mit einem Aufwand von jährlich 30000 Mark Banco begnügt, so war nun kein Halten mehr. 1796 erreichten seine Aufwendungen die Höhe von 217000 Mark Banco, wovon 164000 reine Ausgaben waren. Dadurch brachte er es dahin, daß er in einem Jahr doppelt soviel ausgab, wie er gleichzeitig einnahm. Alles in allem verbrauchte Parish in der Zeit von 1756 bis 1801 im Durchschnitt 70000 Mark Banco jährlich; und weil er sich durch diese Verschwendung selbst in die Enge getrieben hatte, gab er 1801 kleinlaut zu, ein Kaufmann dürfe im Jahr nicht mehr als 13500 Mark Banco ausgeben. Er konnte seine eigenen Aufwendungen aber zur gleichen Zeit erst auf 86000 Mark Banco senken und verbrauchte 1804 noch 51000 Mark Banco. Derartige Einschränkungen einer maßlosen Ausgabenwut waren damals in Hamburg nicht einmalig: Der Kaufmann Caspar Voght, der es bis auf jährliche Einkünfte von 50000 bis 70000 Taler brachte, mußte seine Aufwendungen in der Krise von 1799 sogar auf ein Sechstel vermindern.<sup>3</sup> 1791, in einem Jahr, als Parish noch einigermaßen an sich hielt, verbrauchte er von insgesamt 51400 Mark Banco etwa 3400 für Equipage, Pferde und Kutscher, 17800 für den Haushalt, 2300 für die Familie, 5300 für sich selbst, 9400 für seinen Landsitz.

Als vertretbare obere Grenze der jährlichen Ausgaben sah man in Hamburg 1788 die Summe von 30000 bis 40000 Mark Banco an. Ein Hamburger Kaufmann, der jährlich 10000 bis 12000 Mark Banco verzehrte und damit das Volumen des einfachsten bürgerlichen Haushalts um das Acht- bis Zehnfache überschritt, trieb nur einen mäßigen Aufwand.<sup>4</sup> Vor seinem Bankerott im Jahr 1791 gab der

<sup>1</sup> Egner, *Entwicklungsphasen*, a.a.O., S. 52.

<sup>2</sup> Richard Ehrenberg, *Das Haus Parish in Hamburg [Große Vermögen, ihre Entstehung und ihre Bedeutung]*, 2. Aufl., Jena 1925, S. 103ff.

<sup>3</sup> Sieveking, *Sieveking*, a.a.O., S. 324; Theodor von Schön, *Studienreisen eines jungen Staatswirths in Deutschland am Schlusse des vorigen Jahrhunderts*, Leipzig 1879, S. 579.

<sup>4</sup> Ehrenberg, *Das Haus*, a.a.O., S. 133. Etwas abweichende Angaben bei Max von Boehn, *Deutschland im 18. Jahrhundert. Das heilige Römische Reich deutscher Nation*, Berlin

Bremer Kaufmann Hermann Heyman, der einen Landsitz und sechs Pferde hatte, jährlich 7000 Taler für seinen Haushalt aus, obwohl er wahrscheinlich niemals mehr besaß, als er 1791 schuldig blieb, nämlich 100000 Taler.<sup>1</sup>

Die Bremer Kaufleute Kulenkamp, deren Vater 1806 mit dem Betrag von 1,5 Millionen Talern wohl das größte kaufmännische Vermögen Bremens vererbte, verwandten nach den Befreiungskriegen auf Haushalt, Kontor und kaufmännisches Personal jährlich 40000 Taler.<sup>2</sup> Es war darum kein Wunder, daß in Hamburg die Parish und in Bremen die Kulenkamp dem unaufhaltsamen Schwund ihrer Spitzenvermögen vergebens entgegenarbeiteten. Beide Firmen fielen in den zwanziger Jahren einer Wirtschaftskrise zum Opfer.

In Lübeck verzehrte der alte angesehene Kaufmann J. N. Stolterfoht 1806 39000 Mark Lübisches und nach Beginn der Kontinental Sperre 1809 noch 16000 Mark Lübisches (3 Mark Lübisches entsprechen etwa 1 Taler).<sup>3</sup> Der Hamburger Kaufmann Godeffroy, der 1819 ein Kapital von 0,5 Millionen Mark Banco übernahm, gab jährlich durchweg ein Zehntel dieser Summe und mehr aus. 1822 verbrauchte er z.B. 55000 Mark Banco. Davon kosteten ihn die Equipage und sechs Pferde 7500 Mark Banco, der Weinkeller 2500, ein Landhaus 9000, Hausangestellte 1200, das Hamburger Stadthaus 2200, die weihnachtlichen Ausgaben 1600, Feuerung 1300, Kinder mit Privatlehrer und Gouvernante 3200, die Familie der Frau 3200, Reisen, Theater, Silber und Krankenhaus 3350 Mark Banco. 1845 hinterließ Godeffroy nicht mehr, aber auch nicht weniger als 625000 Mark Banco. In den siebziger Jahren geriet die Firma Godeffroy in Schwierigkeiten und

1922, S. 105. Nach einer Schilderung von 1783 galten die Häuser in Hamburg, die jährlich 20000 bis 30000 Francs ausgaben, für mittelmäßig. Es gab viele, die 40000 bis 60000 Francs verbrauchten. Gleichzeitig existierten in Frankfurt am Main angeblich 200 Häuser, die im Jahr 100000 Gulden aufzuwenden hatten. Dabei entsprach ein Gulden ungefähr der Mark Banco. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts verbrauchte der Hamburger Kaufmann Philipp Hinrich Stenglin, der 1757 starb und im 18. Jahrhundert der einzige Talermillionär in Hamburg blieb, jährlich erst 10000 Mark Banco. Dazu meinte Johann Georg Büsch, Versuch einer Geschichte der Hamburgischen Handlung, Hamburg 1797, S. 273: „So lebt kein Mensch mehr bei uns, wenn er sich für reich zu halten anfängt.“

<sup>1</sup> [Heinrich von Aschen,] Vollständige und documentirte Acten-Auszüge derjenigen gerichtlichen und außergerichtlichen Verhandlungen, welche den Kaufmann Herrn Arnold Delius in Bremen... betroffen haben, Oldenburg 1797, S. 47.

<sup>2</sup> Eduard Gottlieb Kulenkamp, Lebenserinnerungen 1796-1854, Wandsbeck 1902, S. 23.  
<sup>3</sup> Friedrich Voeltzer, Lübecks Wirtschaftslage unter dem Druck der Kontinental Sperre [Veröffentlichungen zur Geschichte der Freien und Hansestadt Lübeck, 5], Lübeck 1925, S. 81. Einem anderen Lübecker Kaufmann, dem Weinhändler Winckler, der häufig Gäste bewirtete, sagt Heinrich Leo Behncke, Eine Lübecker Kaufmannsfamilie, Lübeck 1901, Th. 2, S. 191 für ungefähr die gleiche Zeit jährliche Haushaltskosten von 60000 Mark Lübisches nach, was „ganz enorm viel“ war.

machte schließlich Bankerott. Währenddessen betrug das Haushaltskonto des nächsten Godeffroy, der Chef der Firma war, 1876 212000 Mark und 1879 noch 56000 Mark.<sup>1</sup> Es ist fraglich, ob er sich in guten Jahren noch an die Gewohnheit seines Vaters hielt, nicht mehr als etwa ein Zehntel des Vermögens jährlich auszugeben.

Der Bremer Kaufmann August Nebelthau, der ohne eigene Mittel anfang, als er 1869 Teilhaber einer Überseefirma wurde, und 1888 starb, gab in den letzten Jahren seines Lebens mit jährlich 60000 bis 70000 Mark etwa drei Vierzigstel der Summe aus, die sein Vermögen auf seinem höchsten Stand erreichte.<sup>2</sup> Von dem führenden Kaufmann Bremens Hermann Henrich Meier, dem Gründer des Norddeutschen Lloyd, ist bekannt, daß er es in Anbetracht seiner glänzenden Lebensführung nicht zum Talermillionär brachte.<sup>3</sup> Es gab in der Stadt reichere Männer als ihn; aber: „Mit seinem großen Hause, seiner Dienerschaft und seiner wappengeschmückten Equipage stand er als der unbestritten vornehmste Vertreter bremischer Kaufmannschaft da. Der Begriff des königlichen Kaufmanns, der später aufkam, hätte auf ihn gemünzt sein können“, schreibt Pauli in seinen Erinnerungen.<sup>4</sup> Im Alter zwangen geschäftliche Fehlschläge Meier, seine prunkvolle Lebenshaltung erheblich einzuschränken.

Natürlich wurde an übertriebenem Aufwand, vor allem nach Krisen und Zusammenbrüchen, in der Öffentlichkeit Kritik geübt. Es ist aber sehr schwer, reinlich zu trennen, was daran Verschwendung und was werbend oder kreditfördernd, was Protzerei und was instinktive Selbstdarstellung des erfolgreichen Unternehmers war. Manchmal muten die Ausgaben phantastisch an. Aber daß mancher Kaufmann, der in Bedrängnis geriet, seinen Aufwand nicht einschränkte, entsprang wohl dem Instinkt des bedrängten Geschäftsmanns, der einen Bankerott, der sich nach menschlichem Ermessen kaum noch vermeiden ließ, wenigstens hinausschieben wollte. Daß zuweilen die Ausgaben dann den höchsten Stand erreichten, wenn der Zusammenbruch unmittelbar bevorstand, ist daher kein psychologisches Rätsel.

Der alte Johann Cesar Godeffroy versicherte kurz vor seinem Tode im Jahr 1885, er bereue auch nicht einen Pfennig, den er ausgegeben

<sup>1</sup> Richard Hertz, *Das Hamburger Seehandelshaus J. C. Godeffroy & Sohn 1766-1879*, Hamburg, Phil. Diss. 1922, S. 15, 60; Kurt Schmacke, *J. C. Godeffroy & Sohn, Kaufleute zu Hamburg*, Hamburg 1938, S. 25. Die Rothschilds in Frankfurt am Main verbrauchten 1819 für Haushalt 150000 Gulden und für Spenden 20000 Gulden. Egon Caesar Conte Corti, *Die Rothschilds, Frankfurt am Main 1962*, S. 79.

<sup>2</sup> Friedrich Nebelthau, *Aus meinem Leben*, Stuttgart 1939, S. 49f.

<sup>3</sup> Friedrich Hardegen und Käthi Smidt, *H. H. Meier, der Gründer des Norddeutschen Lloyd*, Berlin, Leipzig 1920, S. 112, 256.

<sup>4</sup> Gustav Pauli, *Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten*, Tübingen 1936, S. 57.

habe.<sup>1</sup> Er konnte den Zusammenbruch seiner Firma damit nicht entschuldigen, und was er sagte, war darum kaum zur Rechtfertigung gesagt, sondern Ausdruck einer Mentalität, die unter den erfolgreichen Kaufleuten in den Hansestädten weit verbreitet gewesen sein muß. Die schöpferische Unternehmerleistung und das kaufmännische Risiko mußten vielleicht durch einige Verschwendung balanciert werden. Der Größe seines finanziellen Erfolgs wußte der Unternehmer nur zu entsprechen, indem er und seine Angehörigen ihn zuweilen bis zum Rande des Möglichen ausnutzten. Mit anderen Worten: die großen Einkünfte machten die Kaufleute maßlos.

Das trug dazu bei, daß die kaufmännischen Spitzenvermögen so wenig stabil und jedenfalls weniger stabil als die mittleren kaufmännischen Vermögen waren. Wer viel erwarb, gab zuletzt soviel aus, daß ihn ein geschäftliches Unglück oder allein der laufende eigene Aufwand leicht an den Rand des Verderbens brachte. Kaufleute die weniger verdienten, sparsamer waren und die Ansprüche ihrer Klientel im Zaum hielten, überstanden Rückschläge meistens leichter als die führenden Unternehmer. Bei ihnen machten Fleiß und Stetigkeit mehr aus als Glück und Genie. Ihre Vermögen entwickelten sich in einer ganz anderen Bahn und auf einer ganz anderen Grundlage als die der Spekulanten und Gründer. Die Großen gewöhnten sich daran, jährlich bis zu einem Zehntel ihres Vermögens, ja womöglich noch mehr, auszugeben. Sie waren kaum imstande, die Höhe der Ausgaben beweglich zu halten und sie zu senken, wenn sich ihr Vermögen verminderte. Während sie deshalb zum Teil an dem Unvermögen scheiterten, die einmal erreichten fixen Haushaltskosten zu senken, hielten sich die Kleinen an den Grundsatz, regelmäßig weniger auszugeben, als sie verdienten.<sup>2</sup> Die Großen richteten sich in ihrem Lebensstil nach der Höhe ihres Vermögens, die Kleinen nach der Höhe ihres Einkommens – darin lag ein Unterschied zwischen einer seigneurialen kaufmännischen Lebensführung und einer bürgerlichen kaufmännischen Lebensführung.

<sup>1</sup> Hertz, *Das Hamburger Seehandelshaus*, a.a.O., S. 62; Schmack, *Godeffroy*, a.a.O., S. 260.

<sup>2</sup> Johann Jakob Engel, Herr Lorenz Stark, Leipzig o. J., S. 3: „In seiner Kasse stand es außerordentlich gut; denn er hatte die langen lieben Jahre über, da er gehandelt und gewirtschaftet hatte, den einfältigen Grundsatz befolgt: daß man, um wohlhabend zu werden, weniger ausgeben als einnehmen müsse.“ Vgl. Max Rudolf Kaufmann, *Der Kaufmannsstand in der deutschen Literatur*, Bern, Phil. Diss. 1908, S. 72; Friedrich Prüser, *Gustav Scipio 1872-1949*, in: *Niedersächsische Lebensbilder*, III (1957), S. 292.

## VIII

## STAND UND LEBENSHALTUNG

Es würde weitläufig und vielleicht ermüdend sein, für jeden einzelnen Beruf das Einkommen festzustellen und dadurch die Lebenshaltung der Berufsangehörigen genau zu ermitteln. Immerhin würde sich zeigen, daß der Begriff der standesgemäßen Nahrung gerade dort, wo man im 19. Jahrhundert am meisten davon redete, einem festen Standard am wenigsten entsprach, nämlich im Handwerkerstand. Es gab Handwerksmeister in Berufen, die durchschnittlich nicht mehr verdienten als die Angehörigen des Arbeiterstandes, obwohl diese nach der Verfassung eine Klasse unter den Handwerksmeistern standen. Solche Meister galten darum als „ein Proletariat unter den Kleinbürgern“.<sup>1</sup> Es gab in anderen Berufen Handwerksmeister, die genug verdienten, um sich eine kleinbürgerliche Lebenshaltung zu leisten. Es gab aber auch solche, die jährlich nicht nur mehr als 500 Taler, sondern sehr viel mehr als 500 Taler hatten und die Kosten eines bürgerlichen Haushalts viel leichter bestreiten konnten als mancher kleine Kaufmann und Akademiker.<sup>2</sup>

Aber auch die Arbeiterschaft, das sogenannte Proletariat, hatte keinen einheitlichen Standard und nur selten einen proletarischen. Es gab zwar Berufe, deren Lebensstandard nicht den durchschnittlichen Lebensstandard eines einfachen Handarbeiters erreichte, sondern zwischen dem proletarischen der Armen und dem des Handarbeiters lag. Zu diesen Berufen gehörten aber kaum die klassischen Arbeiterberufe, sondern die niedersten Dienstleistungsberufe, etwa Wachtgänger, Nachtwächter, Wasch- und Reinmachefrauen, vielleicht auch die Dienstboten und Soldaten, die aber wenigstens frei Kost und Wohnung hatten. Sie standen in der relativen Sicherheit eines patriarchalischen Verbandes, während den Armen nur die Zuflucht zur Unterstützung durch die Armenfürsorge blieb. Die meisten Arbeiter hatten eine knappe standesübliche Lebenshaltung, etliche eine auskömmliche. Diese standen sich zuweilen besser als Schuhmacher, Schneider und Tischler, die selbständig arbeiteten.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Koop, *Bremens Interesse*, a.a.O., S. 84.

<sup>2</sup> 150 Jahre Bremer Clubleben, Bremen 1933, S. 346. In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts sang man in Bremen über den Lohgerber Nikolaus Mohr: „De ganze Senat / makt nich so vel Staat / as Webers un Mohr / vorm Buntentor.“ Am Buntentor in der Neustadt wohnten die Zigarrenarbeiter und andere ärmere Leute. Vgl. Branding, *Die Einführung*, a.a.O., S. 51.

<sup>3</sup> Adresse des Bremer Handwerker- und Gewerbestandes an den 50er Ausschuß zu Frankfurt a.M., in: *Hochwichtiges der Gegenwart in sieben Bildern*, Dresden, Leipzig 1848, S. 22; *Paßt Gewerbefreiheit für Bremen und unter welcher Bedingung?*, Bremen 1860, S. 12.

Vereinzelt konnten sich qualifizierte Facharbeiter auch einen kleinbürgerlichen Aufwand leisten: sie mochten im politischen Sinn die Kerntruppe des Proletariats sein, im sozialen Sinn aber standen sie weit über ihm und waren später gerade dadurch in der Lage, politisch die Führung der zum Proletariat geeinten Arbeiterschaft zu übernehmen. Auch unter den Volksschullehrern, die zusammen mit den Handwerksmeistern und kleinen Fabrikanten den Stamm des Mittelstandes bildeten, hatten zwar die meisten ein kleinbürgerliches Auskommen, wenn auch manchmal nur das schmalste. Aber einige wenige konnten auch bürgerlich leben, manchen andern ging es dagegen kaum besser als den qualifizierten Arbeitern.

Einen sehr schlechten Verdienst hatten übrigens, zumindest in jüngeren Jahren, manchmal aber auch für längere Zeit, zahlreiche Akademiker. Sie galten zwar immer als Bürger, aber was sie verdienten, reichte oft keineswegs für einen kleinbürgerlichen Aufwand. Das fiel nur deshalb weniger auf, weil es selbstverständlich war, daß die Akademiker verhältnismäßig spät Familie und Hausstand gründeten und oft einen Rückhalt an wohlhabenden Eltern und Verwandten hatten. Ohne ihn hätten die meisten keine Existenz aufbauen können. Als zu Beginn der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts in Bremen besonders viel von der notwendigen Gehaltsaufbesserung für die Mehrzahl der Volksschullehrer geredet wurde, schrieb eine Bremer Zeitschrift, die in sozialpolitischen Fragen keineswegs konservativ war: „Möge man sich ja zu Herzen nehmen, daß, wenn selbst auch die Dreißig heranrücken, die Unterlehrer doch sorgenfrei leben können, guten Gehalt beziehen und freie Station haben, während Männer, die studiert haben und ihrem Stande gemäß leben müssen, im Verhältniß weit ärger daran sind. Die jungen Advocaten können sich glücklich schätzen, wenn sie die ersten Jahre 200 Thaler, späterhin höchstens 400 Thaler einnehmen, die Ministeriums-Candidaten (d.h. die jungen Prediger, die auf eine eigene Pfarre warteten) erhalten nur 100 Thaler, und mit der Einnahme der jungen Mediciner ist es ebenso übel bestellt. Sie alle müssen mehr oder weniger vom elterlichen oder ihrem eigenen Vermögen zehren, und manchen Vierziger erblickt man unter den Gelehrten, der trotz seiner Geschicklichkeit und seinen Kenntnissen dennoch ein karges Auskommen hat, das ihm kaum verstattet, sich einen eigenen Heerd zu errichten.“<sup>1</sup>

Außerdem gab es in guten bürgerlichen Familien Scharen von Mädchen, die unverheiratet blieben. Sie waren an den Haushalt der Eltern oder eines Bruders gebunden, weil sie nur Arbeiten erlernen

<sup>1</sup> Bremisches Unterhaltungsblatt, Nr. 50 (1841), S. 199.

konnten, mit denen nichts zu verdienen war und mit denen sie auch nichts verdienen sollten. Für Frauen kamen nur dienende Berufe in Frage. So mußte die Arbeiterfrau hinzuverdienen, damit die Familie auskommen konnte. Aber das bürgerliche Mädchen durfte nicht arbeiten, es sei denn ehrenamtlich.

## IX

### DIE GLIEDERUNG DER BEAMTENSCHAFT NACH DEM EINKOMMEN

All das sei angedeutet, wenn es auch nicht erörtert werden kann. Um das Verfahren abzukürzen, soll es genügen, die Einkommen einer Gruppe, die keine Berufsgruppe, sondern eine soziale Gruppe war, nämlich der Beamten zu analysieren und nach den verschiedenen Stufen der Lebenshaltung zu gliedern. Die Beamten hatten sehr unterschiedliche Gehälter, unterlagen aber dennoch einem einheitlichen Maßstab.<sup>1</sup> Ihre Gehälter standen zueinander in keinem zufälligen und planlosen Verhältnis, auch wenn sie weit auseinanderlagen. Gerade weil sie dies taten, waren sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch in einem viel stärkeren Maß als heute repräsentativ für die Einkommen in der gesamten Gesellschaft.<sup>2</sup> Es kann deshalb kein Zufall sein, daß zwischen der Gliederung des Einkommens der bremischen Beamten zu Beginn der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts und der Gliederung des gesamten Einkommens in den Vereinigten Staaten im Jahr 1947 eine Ähnlichkeit besteht. In den USA hatten 1947 von allen Gruppen die untersten 20 Prozent 4 Prozent des Gesamteinkommens, die obersten 20 Prozent 48 Prozent des Gesamteinkommens, in Bremen zwischen 1820 und 1825 von allen Beamten die obersten 12 Prozent 42 Prozent des Gesamteinkommens und die untersten 12 Prozent keine 3 Prozent.<sup>3</sup>

Wie dem aber auch sei; es gab damals natürlich in Bremen eine Reihe von Kaufleuten und Akademikern, die durch ihr Unternehmer-einkommen den Standard des höchsten Beamten überschritten. Einen

<sup>1</sup> Staatsbibliothek Bremen, Brem. a. 666, Nr. 34. Vgl. Leopold Krug, *Betrachtungen über den National-Reichthum des preußischen Staats*, Berlin 1805, Bd. 2, S. 400ff.; Hans Eberhardt, *Goethes Umwelt* [Thüringische Archivistudien, 1], Weimar 1951, S. 24ff.

<sup>2</sup> Vgl. Otto Most, *Zur Wirtschafts- und Sozialstatistik der höheren Beamten in Preußen*, in: *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche*, XXXIX (1915), S. 193.

<sup>3</sup> Andreas Paulsen, *Allgemeine Volkswirtschaftslehre* [Sammlung Göschen, 1169], 5. Aufl., Berlin 1964, Bd. 1, S. 59.

seigneuralen Lebensstil konnte sich kein Beamter leisten, es sei denn, er hatte ein Vermögen zu verzehren. Es gab andererseits natürlich Arme und Proletarier, die den Standard des untersten Beamten noch unterschritten. Armenunterstützung wird kein Beamter während seiner Dienstzeit empfangen haben. Insgesamt war die Beamtenschaft aber weniger als heute ein Mittelstand; sie bildete eine Auswahl aus der gesamten Gesellschaft und stellte einen Querschnitt durch die Stände, die Einkommens- und Lebenshaltungsklassen dar.

Es gab zu Beginn der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts in Bremen 126 Beamte und Bedienstete – ein Neuntel der Zahl, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts, ein Siebzigstel der Zahl, die 1913 erreicht wurde. Diese 126 Beamten verdienten im Jahr zusammen 43460 Taler. Das war vielleicht um ein Viertel mehr, als der Neubau eines großen Segelschiffs, eines Schiffes von 350 Lasten, kostete. Im Durchschnitt verdiente jeder einzelne Beamte fast 346 Taler; in der Wirklichkeit aber kam eine Summe von dieser Höhe niemals vor.

Innerhalb der Beamtenschaft lassen sich vier verschiedene Hauptgruppen ausmachen, die eindeutig voneinander unterschieden waren. Zur ersten Gruppe der Beamten, die ein bürgerliches Einkommen zwischen 700 und 2200 Talern hatten, gehörten insgesamt 15 Beamte (12 Prozent). Ihr Einkommen betrug durchschnittlich fast 1227 Taler. Zusammen verdienten sie 18400 Taler oder 42 Prozent der gesamten Gehälter.

Der bestbezahlte Beamte war der Steuereinnnehmer. Er verdiente im Jahr 2200 Taler und fast 30 Mal soviel wie die untersten Beamten, die *Sauvegarden*. Das zweithöchste Gehalt bekam der Obergerichtsekretär, der 2000 Taler erhielt und zehnmal soviel wie ein *Torschreiber* hatte. Fünf andere Sekretäre verdienten 800 bis 1700 Taler. Drei hohe Steuerbeamte bekamen 700 bis 1200 Taler, je 1000 Taler der *Amtmann in Vegesack*, der *Schlachtvogt* und der *Generaladjutant der Bürgerwehr*. Das war jeweils das Vierfache der Summe, die einem *Kanzleipedell* zustand. Die *Deichbeamten* verdienten 700 und 800 Taler. Wie sie wurde 1827 auch der erste *Amtmann in Bremerhaven* eingestuft. Er bekam freie Wohnung und ein Jahresgehalt in Höhe von 800 Talern.<sup>1</sup>

Zur zweiten Gruppe der Beamten, die ein kleinbürgerliches Einkommen von 400 bis 650 Talern hatten, zählten ebenfalls 15 Beamte (12 Prozent). Ihr Durchschnittseinkommen betrug 477 Taler. Zusammen verdienten sie 7150 Taler oder 16 Prozent der gesamten Gehälter. An der Spitze der Kategorie stand mit 650 Talern der *Polizeikommissar*. 600 Taler bekamen der *Ratskellerhauptmann* und

<sup>1</sup> Georg Bessell, *Geschichte Bremerhavens, Bremerhaven 1927*, S. 208.

ein Steuerbeamter, 400 bis 500 Taler mehrere Steuerbeamte, einige Polizeikommissare, der Barsenmeister, der Schreiber und Bote am Schütting (dem Haus der Kaufmannschaft), und der *Advocatus fisci*.

Zur dritten Gruppe der Beamten, die ein Einkommen zwischen 100 und 300 Talern hatten, gehörten 81 Männer (64 Prozent). Sie verdienten durchschnittlich 207 Taler und zusammen 16773 Taler oder fast 39 Prozent der gesamten Gehälter. Trennt man in dieser Gruppe die Beamten, die mit 200 bis 300 Talern jährlich das Gehalt eines schlechter besoldeten Lehrers, eines kleinen Handwerksmeisters oder eines qualifizierten Facharbeiters hatten, von denen, die mit 100 bis 180 Talern soviel verdienten wie ein Handarbeiter oder ein Geselle, der für sich selbst sorgte, so gehörten zur ersten Abteilung mit einem Durchschnittsgehalt von 238 Talern 58 Beamte, die zusammen 13824 Taler hatten. Ihr Gehalt reichte für ein auskömmliches Leben, gestattete aber noch keinen mittelständischen Aufwand. Zu diesen Beamten zählten vor allem Polizeidiener, Schreiber, Steuerbeamte, Bediente, Aufseher, reitende Boten und ein Pedell. Zur zweiten Abteilung gehörten 23 Beamte mit zusammen 2949 und durchschnittlich 128 Talern. 180 Taler bekam ein Schreiber, 100 bis 150 Taler hatten der Musikdirektor, der außerdem andere Einkünfte hatte, ein Hafenmeister, verschiedene Boten, Steuerbeamte, Schreiber, ein Kellerknecht, der Aufseher bei der Straßenreinigung, einige Polizisten, mehrere Chausseewächter und ein Ruderknecht, der beim Zoll zu tun hatte.

Zur letzten Beamtenkategorie, in der kein Beamter ein Gehalt von 100 Talern erreichte, gehörten 15 Männer (12 Prozent). Sie verdienten durchschnittlich 76 Taler. Zusammen hatten sie 1137 Taler oder nicht ganz 3 Prozent der gesamten Gehälter. Zu ihnen gehörten ein Aufseher mit 96 Talern, sechs Mann Wachpersonal, die *Sauvegarden* hießen und zwischen 72 und 96 Talern hatten, und sieben Steuerbeamte, die zwischen 75 und 90 Talern bekamen. Dazu ein Stellvertreter der Einnehmer der Torsperre mit 30 Talern jährlich.

Nicht mehr zu den Beamten gehörten die vier Bürgermeister und die 24 Senatoren. Das Höchstgehalt von 2600 Talern bekam der präsidiierende Bürgermeister. Die akademischen Senatoren, durchweg Juristen und zumeist Richter, bekamen im Vormärz, nach Alter gestaffelt, 1640, 1740, 1840 und 2100 Taler. Die kaufmännischen Senatoren erhielten 1200 Taler, eine Art Ehrensold.<sup>1</sup>

Die Zahl der bremischen Beamten und Bediensteten war zwar klein, aber sie bildeten eine Gruppe, die sich zuverlässig einteilen läßt. Die vier Gruppen unterscheiden sich deutlich und haben voneinander

<sup>1</sup> Entholt, *Die bremische Revolution*, a.a.O., S. 9.

einen ungefähr gleichmäßigen Abstand. In der ersten Klasse verdiente man durchschnittlich achtzehnmal soviel wie in der letzten, sechsmal soviel wie in der dritten. Mißt man jede Klasse an der nächsten, so verdiente die erste zweieinhalbmal soviel wie die zweite, die zweite zweieindrittelmal soviel wie die dritte, die dritte zweidreiviertelmal soviel wie die vierte. Der Abstand zwischen Oberschicht und Mittelschicht war also nicht größer als der zwischen Mittelschicht und niederer Schicht; und der zwischen niederer Schicht und Unterschicht war etwa ebenso groß.

Die Unterscheidung der Einkommensgruppen verdeutlicht zugleich eine Unterscheidung der Lebenshaltung und des sozialen Standes. Nur kurz sei bemerkt, daß sich diese Unterscheidungen verringerten, je mehr die Beamtenschaft im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts nivelliert und in eine fast einheitliche Mittelschicht der Gesellschaft integriert wurde. In Preußen stieg schon in der Zeit von den zwanziger Jahren bis in die fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts das Gehalt der Minister und Oberpräsidenten nur um knapp 20 Prozent, dagegen das der Regierungspräsidenten um 40 Prozent und das der Regierungsräte um über 100 Prozent.<sup>1</sup> In Württemberg betrug die Steigerung der Gehälter zwischen den dreißiger und den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts für die höchsten Beamten, die Minister und Geheimräte, keine 20 Prozent, für die höheren Beamten vom Kollegial- bis zum Staatsrat 50 bis 60 Prozent, für die mittleren Beamten 50 bis 90 Prozent und für die unteren Beamten 80 bis 300 Prozent.<sup>2</sup> Kürzlich hat man festgestellt, daß 1961 ein Ministerialrat, im Vergleich zu 1913, nur noch 82 seines damaligen Einkommens hatte, ein Postschaffner dagegen 141 Prozent. Verdiente 1913 ein Ministerialrat noch beinahe siebenmal soviel wie ein Postschaffner, so waren es 1961 nur noch nahezu viermal soviel.<sup>3</sup> Wir können hier kaum noch von Einkommensklassen, sondern nur noch von Gehaltsstufen sprechen. Damit haben sich aber auch die Unterschiede zwischen den Lebenshaltungen verwischt. Es gibt noch Unterschiede, aber sie sind nicht mehr eindeutig standesgebunden. Eine relative Nivellierung ist eingetreten; und wer heute noch zwischen verschiedenen Ständen mit einer verschiedenen Lebenshaltung trennen will, dem wird die Trennung schwer.

<sup>1</sup> Most, *Zur Wirtschafts- und Sozialstatistik*, a.a.O., S. 186.

<sup>2</sup> Hans Ritschl, *Die Gehaltsspannen in der Beamtenbesoldung*, in: *Finanzarchiv*, NF. XI (1949), S. 329.

<sup>3</sup> Rochus Castner, *Entwicklung und Problematik der Beamtenbesoldung*, in: *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft*, LXXXII, 2 (1962), S. 462.

## X

## ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSS

Nach der unterschiedlichen Höhe ihres Einkommens waren die vier verschiedenen Beamtengruppen weiter voneinander entfernt als die vier verschiedenen Haushaltsgruppen nach der unterschiedlichen Höhe ihres Familieneinkommens. Die einzelnen Haushaltsgruppen überboten einander um das Ein- bis Zweifache. Ein Armenhaushalt hatte 65 Taler, ein Arbeiterhaushalt 155 Taler, ein kleinbürgerlicher Haushalt 431 Taler und ein bürgerlicher Haushalt ab 800 oder 1000 Taler Einkommen. Die Abstände blieben etwa gleichmäßig, solange in den unteren Gruppen das Durchschnittseinkommen zugrundegelegt, in der bürgerlichen Gruppe aber ein Mindesteinkommen, beispielsweise 1000 Taler, berücksichtigt wurde. Doch verfügte ein bürgerlicher Haushalt oft nicht nur über zwei- und dreimal soviel Geld wie ein kleinbürgerlicher Haushalt, sondern über viel mehr. Darin unterschied sich die bürgerliche Kategorie grundsätzlich von den anderen. Der eine bürgerliche Haushalt, konnte leicht zehnmal soviel verbrauchen wie ein anderer bürgerlicher. Aber ein Haushalt, der zehnmal soviel verbrauchte wie ein Arbeiterhaushalt, konnte kein Arbeiterhaushalt mehr sein. Auch ein kleinbürgerlicher Haushalt konnte es nicht auf zehnmal soviel wie ein Arbeiterhaushalt oder wie ein anderer kleinbürgerlicher Haushalt bringen, wenn er nicht seinen Zuschnitt sprengen sollte. Tat er das, so geriet er in eine neue Dimension, nämlich die bürgerliche. Ob ein bürgerlicher Haushalt aber 800, 4000 oder 8000 Taler im Jahr verbrauchte, machte nicht viel aus: Er blieb ein bürgerlicher Haushalt. Der Zuschnitt änderte sich mit dem Wachstum des Einkommens, aber die Dimension nicht.

Für Ernährung gab der Armenhaushalt im Durchschnitt fast 50 Taler, der Arbeiterhaushalt 105 Taler, der kleinbürgerliche Haushalt 236 Taler, der bürgerliche Haushalt wenigstens 383 Taler aus. Die Aufwendungen verdoppelten sich von Gruppe zu Gruppe, hielten aber prozentual nicht mit dem Steigen der Einkommen Schritt. Wer mehr verdiente, gab zuerst mehr für Ernährung aus. Wer sich aber mit Kartoffeln und Brot begnügen mußte, gab dafür von seinem gesamten Haushaltseinkommen mehr aus als derjenige, der sich eine bessere Ernährung leistete. Der Anteil der Ernährungskosten an den Gesamtausgaben wurde desto geringer, je reichhaltiger und hochwertiger in einem Haushalt die Kost wurde. Nun ist es bekannt, daß bei steigendem Wohlstand einer Familie der Prozentsatz des Einkommens abnimmt, den sie für Ernährung aufwendet. In Bremen beanspruchten im 19. Jahrhundert aber noch im kleinbürgerlichen Haushalt die

Ernährungskosten mehr als die Hälfte der gesamten Ausgaben. Schon im relativ bescheidenen bürgerlichen Haushalt war es dagegen möglich, daß die Aufwendungen für Ernährung auf ein knappes Drittel der Gesamtausgaben sanken.

In den verschiedenen Haushalten verbrauchte der Arme etwa drei Viertel, der Arbeiter zwei Drittel, der Kleinbürger die Hälfte und der Bürger ein Drittel seines Einkommens für Ernährungskosten. Das bedeutete: Der Arbeiter brauchte vom Einkommen für Essen und Trinken um 11 Prozent weniger als der Arme, der Kleinbürger um 24 Prozent weniger als der Arbeiter, der Bürger um 34 Prozent weniger als der Kleinbürger. Dieser verbrauchte für Ernährung vom Einkommen um 51 Prozent mehr als der Bürger, der Arbeiter um 32 Prozent mehr als der Kleinbürger, der Arme um 14 Prozent mehr als der Arbeiter.

Im Bürgertum ging man dazu über, nicht mehr die Ernährungskosten, sondern die Hauswirtschaftskosten zu berechnen. Dadurch änderte sich die Dimension. In den einfachsten bürgerlichen Haushalten mochten die Hauswirtschaftskosten nahezu identisch mit den Ernährungskosten sein. In den großzügigen bürgerlichen Haushalten schlossen sie sie als den hauptsächlichen Kostenanteil ein. Manches spricht dafür, daß die Hauswirtschaftskosten in den bürgerlichen Haushalten unabhängig von deren Zuschnitt in der Regel konstant etwa ein Drittel von den gesamten Haushaltsausgaben ausmachten. Das war der Fall im Hause des Frankfurter Rentners Johann Kaspar Goethe von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts, das war der Fall im Hause des Hamburger Kaufmanns Goßler in den siebziger und achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts, das war wenigstens zeitweise der Fall in der anormalen und schwankenden Haushaltsführung des Hamburger Kaufmanns Parish, der in den Jahren 1791, 1793, 1794, 1795 und 1801 etwa ein Drittel seiner Ausgaben für die Hauswirtschaft aufwandte,<sup>1</sup> das war der Fall in dem Haushalt des preußischen Beamten in einer rheinischen Provinzhauptstadt und in den bremischen Haushalten der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Man darf daraus nicht das Gesetz ableiten, daß die Hauswirtschaftskosten im bürgerlichen Haushalt zwischen 1770 und 1870 unabhängig von deren Zuschnitt normalerweise ein Drittel der gesamten Haushaltsausgaben ausmachten. Aber als Faustregel stimmt es wohl.

An Miete gab der Armenhaushalt 8 bis 10 Taler, der Arbeiterhaushalt 20 Taler, der kleinbürgerliche Haushalt 45 Taler und der bürgerliche Haushalt zumindest 162 Taler oder durchschnittlich 12 bis 14

<sup>1</sup> Egner, Entwicklungsphasen, a.a.O., S. 52; Ehrenberg, Das Haus, a.a.O., S. 103f.

Prozent der Einnahmen aus. Auf den unteren Stufen verdoppelte sich der Aufwand, zwischen Kleinbürgertum und Bürgertum vervierfachte er sich beinahe. Der Arme brauchte für Miete etwa ein Siebentel seines Einkommens, der Arbeiter etwa ein Achtel, der Kleinbürger etwa ein Zehntel und der Bürger mit 1000 oder 2000 Taler Einkommen wiederum ein Achtel. Zuerst wuchs der Anteil der Wohnungskosten unterproportional, zwischen dem kleinbürgerlichen und dem bürgerlichen Haushalt jedoch überproportional. Für Ernährung gab ein bürgerlicher Haushalt von relativ einfachem Zuschnitt fast viermal soviel wie ein Arbeiterhaushalt und fast achtmal soviel wie ein Armenhaushalt aus, für Wohnung aber achtmal soviel wie ein Arbeiterhaushalt und sechzehnmal soviel wie ein Armenhaushalt. Schwabes Satz,<sup>1</sup> daß die Summe, die ein Haushalt im Verhältnis zu seinem Einkommen für Wohnung ausgeben muß, desto größer ist, je ärmer er ist, läßt sich hier keineswegs ohne weiteres übernehmen. Er trifft zu für die unterbürgerlichen Stufen, und er trifft insgesamt vielleicht auch ungefähr zu für alle Stufen vom Armenhaushalt bis zum reichsten Haushalt, der auf ein Mietverhältnis begründet ist. Aber er trifft nicht zu an der Nahtstelle zwischen kleinbürgerlichem und bürgerlichem Haushalt. Ein bürgerlicher Haushalt gab verhältnismäßig gleich viel für Miete aus, gleichgültig ob er 1000 oder 2000 Taler Einkommen hatte. Hier war eine soziale Schwelle, an der die Entwicklung sich zumindest verschob, weil das unterproportionale Wachstum der Mietaufwendungen beim Kleinbürgertum endete. Es mußte auf neuer Stufe nach einem vorübergehend überproportionalen und zeitweise proportionalen Wachstum erst von neuem beginnen.

Je größer die bürgerlichen Haushalte wurden, desto größer wurde auch die Anzahl der Bürger, die im eigenen Haus und nicht zur Miete wohnten. Hausbesitzer gab es freilich nicht erst im Bürgertum, sondern häufig auch in der Arbeiterschaft und im Kleinbürgertum. Arbeiter, Kleinbürger und Bürger, die relativ einfach wirtschafteten, wohnten aber im eigenen Hause in etwa der gleichen Weise, in der sie auch als Mieter gewohnt hätten. Ihr Lebensstil änderte sich dadurch, daß sie Hausbesitzer waren, nur wenig.<sup>2</sup>

Dafür veränderte der Hausbesitz den Lebensstil innerhalb des Bürgertums. Ein großes Haus besaßen die Bürger, die Vermögen hatten oder ein so großes Einkommen, daß sie daraus ein Vermögen

<sup>1</sup> Hermann Schwabe, Das Verhältniß von Miete und Einkommen in Berlin, in: Hundert Jahre Berliner Statistik, Berlin 1962, S. 36. Vgl. die Kritik bei Charlotte von Reichenau und Helga Schmucker, Haushaltsrechnungen, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, V (1956), S. 72.

<sup>2</sup> Vgl. Bremen und seine Bauten, a.a.O., S. 410ff.

bilden konnten. Das Einkommen der Bürger, die ein eigenes Haus so bewohnten, als wären sie Mieter, war meistens so beschaffen, daß sie davon sparen konnten. Einkommen und Vermögen derer, die ein so großes Haus hatten, wie es sich ein Mieter normalerweise nicht leistete, waren meistens so beträchtlich, daß sie nur davon verbrauchen mußten.

Mieter und einfache Hausbesitzer rechneten nach ihren Einkommen. Die reichen und großzügigen Hausbesitzer richteten sich mehr nach ihren Vermögen. Dadurch änderte sich auch ihre Einstellung zum Hausbesitz, zur Wohnkultur und zur Haushaltsführung. Wer viel verdiente und besaß, pflegte ein großes Haus zu haben, und wer ein großes Haus hatte, pflegte auch Haus zu halten. Der reiche Bürger ließ die repräsentativen Gesichtspunkte stärker walten als der einfache Bürger, geschweige denn als die unterbürgerlichen Gruppen.<sup>1</sup>

Ein großes Haus und einen Landsitz durfte sich leisten, wer nicht allein auf seine laufenden Einkünfte angewiesen war, sondern auf ein Vermögen zurückgreifen konnte. Die Aufwendungen, die dieser Besitz erforderte, waren so erheblich, daß sie manchmal die Mietkosten einer einfachen bürgerlichen Familie im Verhältnis überstiegen. Schon die laufenden Kosten waren beträchtlich. Noch mehr Ausgaben machte ein einmal erworbener Landsitz aber dadurch, daß er vergrößert, kultiviert und verschönert werden konnte. Er erlaubte eine Verschwendung, die sich in einem bescheidenen Haushalt gar nicht einführen ließ. Der Hamburger Kaufmann Godeffroy gab 1822 für sein Stadthaus 2200 und für seinen Landsitz 9000 Mark Banco aus.<sup>2</sup> Das war zusammen ein Fünftel seiner gesamten Ausgaben in Höhe von fast 55000 Mark Banco. Parish verbrauchte für seinen Landsitz Nienstedten, zeitweise allein für die Haltung, zeitweise einschließlich Investitionen 1791 9000 von 51000 Mark Banco, 1792 20000 von 59000, 1793 6000 von 48000, 1794 4000 von 56000, 1795 7000 von 73000, 1796 26000 von 217000 Mark Banco.<sup>3</sup> Er brauchte also mindestens ein Zehntel und höchstens ein Drittel seiner jährlichen Ausgaben allein für den Landsitz.

Vielleicht kann man die Dimension der Armen und der Reichen treffend so unterscheiden, daß es einen Grad von Dürftigkeit und einen Grad von Wohlhabenheit gab, in dem hier ein Wohnen im eige-

<sup>1</sup> Vgl. Karl Priester, *Bremische Wohnhäuser um 1800*, Bremen 1912; Gustav Brandes, *Aus den Gärten einer alten Hansestadt*, [Abhandlungen und Vorträge, hrsg. von der Bremer Wissenschaftlichen Gesellschaft 13, 1-2], Bremen 1939; Gerd Dettmann, *Bremische Bauten*, in: *Bremen, Lebenskreis einer Hansestadt*, hrsg. von H. Knittermeyer und D. Steilen, Bremen 1940, S. 268ff.

<sup>2</sup> Hertz, *Das Hamburger Seehandelshaus*, a.a.O., S. 15.

<sup>3</sup> Ehrenberg, *Das Haus*, a.a.O., S. 103f.

nen Haus praktisch noch nicht, dort ein Wohnen zur Miete praktisch nicht mehr in Frage kam. In der Arbeiterschaft und im Mittelstand kam dagegen beides vor. Von einer bestimmten Grenze ab war im Bürgertum der Besitz eines Hauses, in dem man standesgemäß wohnte, und oft auch eines Landsitzes ganz selbstverständlich. Von dieser Grenze an konnte der Reiche seine Aufwendungen leicht so sehr steigern, daß sein Vermögen darunter litt. Allein die laufenden Ausgaben setzten laufende hohe Einnahmen voraus. Der Kaufmann, der sich gegen die bürgerliche Lebensführung zugunsten der seigneurialen entschied und mehr die Repräsentation als sein Behagen im Sinn hatte, kam leicht in die Gefahr, sich durch seinen Lebenszuschnitt, seine Bauten und seine Anlagen auf dem Landgut zu ruinieren. Dem reichen Unternehmer erging es dann nicht besser als dem Winkelagenten Schnofelr in Nestroys Posse „Das Mädl aus der Vorstadt“: „Zwischen Auskommen und Einkommen is es schwer, das gehörige Verhältnis herzustellen, denn's Geld kommt auf schwerfällige Podagrafuß' herein und fliegt auf leichten Zephyrflügeln hinaus.“<sup>1</sup>

Die Titel der Lebensbedürfnisse, die selbstverständlich waren oder wurden, vermehrten sich von Stufe zu Stufe. Der Arme beschränkte seine Sorge nicht allein auf die Ernährung, aber auf Ernährung, Miete, Feuer, Licht und auf nur einen „Luxus“: die Sterbeversicherung. Sie machte es nötig, daß die Bremer Strumpfwirkerfamilie in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts im Jahr einen Taler, die Witwe einen halben Taler sparte.<sup>2</sup>

In einem Arbeiterhaushalt konnten die Titel kaum zahlreicher sein, da sich die Ausgaben für Ernährung und Miete fast proportional zum wachsenden Einkommen steigerten. Der Arbeiter unterschied sich vom Armen vor allem dadurch, daß er seine Lebensbedürfnisse völlig aus eigener Kraft bestritt. Er hatte ihm voraus, daß er seine Kleidung selbst kaufte und etwas Geld für die Instandhaltung von Wohnung und Mobiliar erübrigte. Mehr „Luxus“ konnte er sich kaum erlauben, außer daß er nicht nur für den Todesfall, sondern auch für den Krankheitsfall versichert war.

Der Kleinbürger unterschied sich von dem Arbeiter dadurch, daß er etwas mehr hatte als das, was seine Lebensbedürfnisse unbedingt erheischten. Er konnte sich den Luxus eines Taschengeldes leisten. Der Arme konnte nicht mehr sparen, als er sparen mußte, der Arbeiter selten mehr. Der Kleinbürger hatte ihnen voraus, daß er mehr sparen

<sup>1</sup> Johann Nestroy, *Sämtliche Werke*, Historisch-kritische Gesamtausgabe, Wien 1928, Bd. 11, S. 14.

<sup>2</sup> Abhörungsbogen, a.a.O., Nr. 1 und 2. Die Versicherungssumme des Strumpfwirkers betrug 36 Taler, die Versicherungssumme der Witwe 32 Taler.

konnte, als er mußte, wenn er es wollte. Denn sein Taschengeld konnte ausgegeben oder gespart werden.

Der Bürger hatte dem Kleinbürger sogleich zahlreiche Titel voraus. Zu seinen Bedürfnissen gehörten auch bei bescheidenem Lebenszuschnitt verschiedene repräsentative Pflichten, die als Repräsentationskosten zu Buch standen. Er unternahm Reisen, er war Mitglied in Vereinen, er bezahlte Porti, er pflegte zu sparen usw. Auch in den Kosten für Ernährung und besonders für Miete steckten indirekt Repräsentationskosten. Die Ausgaben für Luxus, Repräsentation und Werbung ließen sich gering halten und bis ins Ungemessene steigern. Wer ein großes Haus hielt, mußte auch Pferde halten, Gastmähler ausrichten, wohlthätige Spenden zahlen, gemeinnützige Vorhaben unterstützen, Reisen im öffentlichen Interesse ausführen usw.

Der Bürger stand also an der Spitze aller Gruppen und war in verschiedenen Bereichen nicht allein im Zuschnitt, sondern auch in der Dimension von ihnen getrennt. Ein bürgerlicher Haushalt verfügte über mehr als 650 Taler, die Summe, die Armenhaushalt, Arbeiterhaushalt und Kleinbürgerhaushalt zusammen für ihre Haushaltsausgaben hatten. Er gab mindestens genau soviel für Ernährung aus wie diese zusammen und mehr als doppelt soviel für Miete wie diese zusammen. Doch hing der einfache bürgerliche Haushalt noch in vielen Beziehungen mit den unterbürgerlichen zusammen, wo der große bürgerliche Haushalt aufhörte, dieses zu tun. Das zeigte sich beispielhaft in der Wohnungsfrage. Der bürgerliche Haushalt stellte darum selbst keinen eindeutigen, sondern einen ambivalenten Begriff dar, der auf verschiedene Zustände paßte. Der einfache und der herrschaftliche Haushalt waren bürgerlich. Sie unterschieden sich in mancher Hinsicht voneinander aber nicht nur im Zuschnitt, sondern wiederum in der Dimension, so wie der bürgerliche Haushalt überhaupt von den Haushalten in den unteren Gruppen. Darum war der bürgerliche Haushalt eine Einheit nur, solange man die Lebenshaltung des Bürgertums von außen betrachtete.

Im Bürgertum gab es freilich nicht nur den Unterschied zwischen den Reichen und dem Mittelstand, sondern auch einen zweiten zwischen den Bürgern, die sich einen eigenen Hausstand leisten konnten, und den anderen, die dies nicht konnten. Hierzu gehörten vor allem die Hilfslehrer und die kleinen kaufmännischen Angestellten. Sie verdienten nicht soviel, daß sie heiraten und eine Wohnung mieten konnten, waren aber auch Bürger. Die Trennung zwischen dem situierten Bürgertum und diesen Leuten war mindestens ebenso scharf wie die zwischen einer Facharbeiter- oder Handwerkerfamilie und den Angehörigen der schlechtbezahlten Dienstleistungsberufe, z.B.

den Nachtwächtern, den Sauvegarden und Waschfrauen, die nicht viel mehr als die Armen verdienen.

Der Bürger stand an der Grenzscheide zwischen den Unterschichten und der herrschaftlichen Gesellschaft – oft derart, daß er zu den oberen Zehntausend, oft derart daß er mit einem Teil des Kleinbürgertums zum Mittelstand, oft derart daß er zur Unterschicht der Klasse gehörte, die an der Spitze aller Gruppen stand. Dann hatte er ein härteres Los als die Angehörigen der Gruppen, die zunächst unter ihm standen. Ein Kleinbürger und ein Arbeiter hatten ein besseres Auskommen als ein darbender Angestellter. Das wirkte sich sozialpolitisch aber wenig aus, da die darbenden Angestellten nicht allzu zahlreich waren und meistens Junggesellen blieben, während Arbeiter und Kleinbürger Familie hatten.<sup>1</sup>

Es überrascht kaum, daß es den elenden Angehörigen der führenden bürgerlichen Schicht schlechter ging als dem Durchschnitt der Schicht, die der führenden am nächsten stand. Aber unterhalb der führenden Schicht wiederholte sich das Verhältnis noch einmal: die ärmsten Handwerksmeister standen sich schlechter als der Durchschnitt der Arbeiter. Nur die ärmsten Arbeiter standen sich nicht schlechter als die proletarische Schicht der Armen, sondern besser. Zwischen Arbeitern und Armen war ein Unterschied, der größer war als alle andern und eine Trennung, die so scharf anmutete wie die zwischen einer Aristokratie und der übrigen Gesellschaft.

<sup>1</sup> Vgl. Friedrich Brüggemann, Des Freiherrn von Ketteler... Werk „Die Arbeiterfrage und das Christentum“, München 1870, S. 66.